

Der Lübecker Volksbote erscheint am Montag jeden Werktag. Abonnementspreis mit Post und Beilage „Voll u. Zeit“ drei Mark pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufsbetrag 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 40

Telefon: 905, 926, 8191

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärts 30 Reichspfennige. Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Kleinanzeigen 10 Reichspfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 40

Telefon: 905, 926, 8191



# Lübecker

# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 286

Mittwoch, 8. Dezember 1926

33. Jahrgang

## Fortschritte in Genf

### Die gestrigen Besprechungen

Genf, 7. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Ueber die am Montag zwischen Briand, Chamberlain, Stresemann und Vandervelde geführten Besprechungen hinsichtlich der Militärkontrollen erzählt der Korrespondent des „Soz. Presseblattes“ folgendes: Man soll sich dahin geeinigt haben, die Kommission so rasch wie möglich aus Deutschland abzuheben, angeblich sogar innerhalb acht bis vierzehn Tagen. Bis Mittwoch mittag soll sich die Vorschlägekonferenz in Paris endgültig darüber schlüssig werden, in welchen Punkten Deutschland die Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt hat und inwiefern das noch nicht geschehen ist. In der Frage der Polizei sollen Deutschland 100 000 Mann Landespolizei und 50 000 Mann Kommunalpolizei zugestanden worden sein; die 8000 Mann Polizei der Hansestädte gelten als Kommunalpolizei. Ueber die Verwendung der früheren militärischen Gebäude und über den Ausbau der östlichen Festungen ist eine Einigung anscheinend noch nicht erzielt. Unabhängig von den Beschlüssen der Vorschlägekonferenz soll der Beschluß auf Aufhebung der Militärkontrollen sofort gefaßt werden, sobald die Militärkontrollkommission noch im Laufe des Monats Dezember Deutschland verlassen würde.

In der Frage der Uebernahme der Kontrolle durch den Völkerbund sollen nicht nur Vandervelde und Chamberlain, sondern auch Briand dem deutschen Standpunkt, der das Recht einer ständigen Kontrolle des Völkerbundes bekanntlich bekennt, entgegengekommen sein. Infolgedessen wird damit gerechnet, daß in der Donnerstagssitzung des Rates die Interalliierte Militärkontrollkommission endgültig durch die Völkerbundskontrolle abgelöst wird. Diese Kontrolle würde keine ständigen Kommissionen vorsehen, eine Kontrollkommission müßte jeweils auf besonderes Verlangen des Völkerbundesrates eingesetzt werden.

Die Besprechung der vier Außenminister drehte sich schließlich, wie verlautet, noch um die Frage der Zurückziehung der Besatzungstruppen. Hier sollen nach Abschluß der Tagung des Völkerbundesrates weitere Verhandlungen zwischen den Regierungen folgen, um zu einer Verständigung zu kommen.

Genf, 7. Dezbr. (Eig. Drahtber.)

Das wichtigste Ereignis des Tages bildete die am Dienstag vormittag erfolgte Ankunft des Generalsekretärs der Vorschlägekonferenz Massigli aus Paris. Er hat allerdings keinerlei Beschlüsse mitgebracht, sondern lediglich Briand über den Stand der Beratungen der Vorschlägekonferenz unterrichtet. Er wird mit neuen Weisungen versehen bereits am Mittwoch früh wieder nach Paris zurückkehren. Die entscheidende Sitzung der Vorschlägekonferenz wird unmittelbar nach seiner Rückkehr stattfinden, so daß mit der Entscheidung in Genf für Donnerstag abend oder Freitag vormittag zu rechnen ist. Die Hauptdifferenzen zwischen der Auffassung der deutschen Regierung und der Vorschlägekonferenz bestehen noch über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und Halbfabrikaten sowie über den Ausbau der Festungen Königsberg und Glogau. Generalsekretär Massigli hatte im Laufe des Dienstag nachmittag auch eine Aussprache mit Staatssekretär von Schubert.

Der Völkerbundesrat selbst behandelte am Dienstag nachmittag eine Reihe von Angelegenheiten von mehr nebensächlicher Bedeutung. Die Frage der Versorgung der bulgarischen Flücht-

linge konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden, da die Bulgarien umgebenden Staaten Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Versorgungsplanes machten, indem sie verlangten, daß die Ansiedlung der Flüchtlinge nur 50 Kilometer hinter der Grenze erfolgen dürfe.

### Paris optimistisch

Paris, 8. Dezember (Radio.)

Die Pariser Morgenpresse spricht von dem gestrigen Tag in Genf als dem „Tag der Sachverständigen“. Petit Parisien glaubt zu wissen, daß sie den Auftrag haben, den Vorbehalten Stresemanns über den permanenten Charakter der Investigation in möglichst weitgehendem Maße Rechnung zu tragen. Die Ergebnisse der juristischen Beratung sollen ähnlich wie bei dem Pakt von Locarno schließlich in ein Spezialdokument zusammengefaßt werden. Der Sonderkorrespondent des Petit Journal in Genf weiß darüber hinaus zu melden, daß die Frage einer Räumung des Rheinlandes in den letzten Tagen starke Fortschritte gemacht hat. Es sei in der Besprechung zwischen Briand und Stresemann ausführlich die Rede davon gewesen. Briand habe Stresemann aufgefordert, ihm Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge seien zwar bisher von Stresemann nicht gemacht worden. Aber nichtsdestoweniger existieren sie und befinden sich in den Händen der Sachverständigen. Es handele sich dabei um die Ausarbeitung eines Kontrollsystems für die militärisierten Rheinlande, das Deutschland nicht aufzuzwingen, sondern das es freiwillig annehmen würde. Deutschland werde es mit anderen Mächten, die in Locarno den Rheinpakt abgeschlossen haben, unterzeichnen.

### Neue Besorgnisse wegen Deutschlands Geheimpolitik

Paris, 7. Dezember (Eig. Drahtber.)

Man verfolgt hier mit ernster Aufmerksamkeit die Entwicklung der durch den italienisch-albanischen Pakt hervorgerufenen jugoslawischen Regierungskrise. Die Blätter enthalten sich zwar vorläufig, wahrscheinlich weil ihnen infolge der Abwesenheit Briands die Direktiven des Quai d'Orsay fehlen, jeglichen längeren Kommentars, geben aber mit sichtbarer Betonung die Nachrichten aus Belgrad wieder, besonders wo sie von einer in Zukunft noch engeren Anlehnung der jugoslawischen Politik an Frankreich sprechen, die man als eine logische Folge der neuen Spannung zwischen Rom und Belgrad ansieht.

Die Abendblätter melden, daß Briand in Genf am Dienstag bereits eine lange Besprechung mit dem jugoslawischen Gesandten in Bern gehabt hat. In Genf sei man außerdem in gewissen Kreisen über die eifrige Tätigkeit beunruhigt, die der italienische Senator Scialoja entfalte, der am Montag eine Besprechung mit Stresemann und am Dienstag eine solche mit dem deutschen juristischen Sachverständigen gehabt habe. Man bringt das hier in Zusammenhang mit den Nachrichten von einem zwischen Rom und Berlin angeblich bestehenden Geheimvertrag, der am Dienstag durch den „Daily Herald“ verbreitet wurde und hier von den Abendblättern groß wiedergegeben wird.

## Der Streit um die „Investigationen“

S. Lübeck, 8. Dezember.

„Wilhelminische Außenpolitik“ nannten wir an dieser Stelle den Kurs, oder vielmehr den völligen Mangel eines Kurses, der das Kennzeichen der jüngsten Phase unserer außenpolitischen Führung ist.

Genau eine Woche ist das her; aber was damals, vor acht Tagen nur, beunruhigende Vermutung war, ist inzwischen zu erschreckender Gewißheit geworden. Der Geheimvertrag mit Rußland liegt offen vor den Augen der ganzen Welt; einseitig auf weiter Flur bemüht sich unser deutschnationales Käsebrot, die Tatsachen wegzuleugnen mit dem famosen Argument: Er ist ja noch nicht offiziell bekannt, und wir werden heute nur künstlich zu durchsichtigen Zwecken aufgedeckt, und zweitens hat die deutsche Reichsregierung natürlich gar nichts davon gewußt. Das wirkt so überzeugend wie die Verteidigung der Frau Meier, die Schandenspiegel leihen sollte für einen Topf, den sie von Frau Schulze geliehen und zerbrochen zurückgestellt hatte, und die darauf vor dem Richter erklärte, erstens kenne sie die Frau Schulze überhaupt nicht und habe niemals einen Topf oder sonst etwas von ihr geliehen, und zweitens sei der Topf schon kaputt gewesen, als sie ihn bekam. — Und auf derselben Höhe bewegen sich die Ablehnungsverträge der Kommunisten.

Nur einer leugnet nicht; das ist der Hauptbetroffene — Stresemann; der schweigt; und das ist allerdings auch das Klügste, was er in dieser unangenehmen Lage tun kann.

Und werkwürdig ruhig verhält sich auch die Gegenseite. Frankreich, das hier einmal Gelegenheit hätte, mit besserem Recht als früher aufzutrompfen, hält sich ganz auffallend zurück; die französischen Zeitungen behalten, Gott sei Dank, Deutschland gegenüber einen freundlichen, fast verbindlichen Ton bei. Man will eben drüben mit Deutschland ins reine kommen, zumal der Gegensatz zu Italien, nicht durch Frankreichs Schuld, täglich bedrohlichere Formen annimmt.

Aber das Mißtrauen hat neue Nahrung, und nach den sonnigen Sommertagen von Thoiry hat sich die Atmosphäre in Genf wesentlich abgekühlt. Der frostige Nebel, der zurzeit über dem sonst so blauen Genfer See liegt, hat sich auch in die Sitzungszimmer niedergelassen.

Dort wird zurzeit über die „Investigationen“ verhandelt, ein Wort, das immer häufiger in den Spalten der Zeitungen auftaucht, obwohl es in keinem Lexikon zu finden ist. Was ist das nun für ein neues Schreckgespenst?

Die Sache ist sehr einfach. Bekanntlich soll nach dem Versailler Vertrag nach Beendigung der deutschen Abrüstung die Rüstungskontrolle auf den Völkerbund übergehen. In welcher Weise das geschehen soll, darüber steht in dem betreffenden Artikel — es ist der Artikel 213 — aber nichts. Und darum hat der Völkerbund bereits im Jahre 1924 eine Art Ausführungsbestimmung hierüber erlassen, das sogenannte „Investigationsprogramm“. Das soll also in Kraft treten, sobald die Militärkontrollen der Alliierten beendet ist. Aber die deutsche Regierung fühlt sich durch diese Bestimmungen in ihrer „nationalen Würde“ gekränkt. Sie erhebt flammenden Einspruch gegen die Kontrolle des deutschen Waffenhandels, gegen das in diesem Artikel der Völkerbundskommission vorbehaltene Recht, von sich aus und ohne vorherige Genehmigung der Reichsregierung die deutschen Munitionsfabriken zu besuchen, und gegen verschiedene andere Bestimmungen.

Und sie scheint — nach den neuesten Meldungen, die allerdings morgen schon wieder überholt sein können — damit sogar einen gewissen Erfolg zu haben.

Trotzdem, wir halten diese ganze Aktion für verfehlt. Denn alles Sträuben gegen die Entwaffnungskontrolle kann doch nur die in der Welt noch immer verbreitete und durch die Enthüllungen über das deutsch-russische Munitionsgeschäft bekräftigte Meinung fördern, daß Deutschland nicht entwaffnet hat und nicht entwaffnen will. Wenn wir wirklich und ehrlich auf jede Aufrüstung und jede Vorbereitung neuer Kriege verzichten wollen, dann kann es uns ganz gleich sein, nach welchem Modus in Deutschland kontrolliert wird. Im Gegenteil, wir müßten zum Völkerbund sagen: Bitte kommt und überzeugt Euch selbst, daß wir völlig und endgültig abgerüstet haben, und an neue Kriegsrüstung nicht denken. — Aber dann geht gewißlich auch zu den anderen, und vor allem sorgt dafür, daß endlich die fremden Truppen vom Rhein verschwinden, die dort ganz gewiß nicht als Förderer der Völkerverständigung wirken!

Das sagt Deutschland nicht; das will und kann es nicht sagen; lieber erzählt man dem deutschen Spießer, England und Frankreich seien eben „noch nicht reif zur Verständigungspolitik“ und läßt alle Verantwortung auf den bequemsten Sündenbock Poincaré ab. Gewiß ist Poincaré kein Pazifist, sicher hat dieser von greifbarem Mißtrauen erfüllte Rothringler zuerst gegen die Abmachungen von Thoiry gewöhnt. Aber was haben wir denn

## Polnischer Faschismus

SPD. Warschau, 7. Dezember. (Eig. Drahtber.)

In Polen ist dieser Tage eine neue politische Organisation des „Lagers des großen Polens“ gegründet worden. Wie aus den jetzt bekannt gewordenen Einzelheiten der auf der Gründungsversammlung verlesenen Erklärung hervorgeht, hat sich die neue Partei den Faschismus zum Vorbild genommen. Die Organisation soll auf den Prinzipien des Gehorsams und der Disziplin gegenüber den Führern, die nicht gewählt, sondern ernannt werden, aufgebaut werden und eine hierarchische Verfassung besitzen. Schon seit einigen Monaten bestehen im ganzen Lande zahlreiche Gruppen des „Lagers des großen Polens“, die nach faschistischem Muster organisiert sind. Man glaubt, daß Dmowski, der Begründer der polnischen Nationaldemokratie, in engen Kontakt mit der nationaldemokratischen Partei stehen wird. Vor allem aber hat die neue Organisation eine Aktion zum Ziele, die sich gegen Pilsudski, gegen die Regierung und gegen alle nach dem Mainiumskur zur Geltung gelangten Kreise richtet. Vorzeit wird versucht, durch Heranziehung nationaler Elemente aus Agrarkreisen dem Beitritt der Großgrundbesitzer zu der unter dem Einfluß von Pilsudski stehenden konservativen Partei die Spitze zu nehmen, um auf diese Weise eine finanzielle Stütze zu erlangen. Gleichzeitig wird danach getrachtet, alle Behörden, Ämter und Regierungsstellen mit Mitgliedern des „Lagers“ zu durchsetzen. Wenn die gegenwärtigen Machthaber gestürzt werden, womit die Führer des „Lagers des großen Polens“ rechnen, sollen Dmowskis Vertrauensleute in der

Lage sein, die Gewalt im Lande zu übernehmen. Dmowski und seine Anhänger streben also ganz eindeutig als erste Etappe ihrer Ziele die Schaffung eines großen Polens, den Sturz Pilsudskis und, was mit der Person des Marschalls allerdings in keinem Zusammenhang steht, die Ausschaltung der jüdischen Elemente in Polen von dem politischen Leben an.

### Hohenzollernbund

Der Führer als Dank — brüste Verabschiedung gehorhamer Diener der Monarchie, das gehörte von jeher zur Tradition der Hohenzollern. Es mündet deshalb keinen Menschen in Deutschland, wenn er plötzlich vernimmt, daß der Generalbevollmächtigte des Hauses Hohenzollern, Herr v. Berg, früher Chef des Zivilkabinetts, seinen Abschied genommen hat.

Vor kurzem war der Kronprinz in Doorn; bei dieser Gelegenheit schenkt man sich darin einig geworden zu sein, Herrn v. Berg das Allerhöchste Mißtrauen auszusprechen. Der Finanzminister des Generalbevollmächtigten zeigt, daß man in Doorn und Oels in dem Wahne lebt, es hätte bei dem Vergleich noch mehr für die Hohenzollern herausgeschlagen werden können.

Herrn v. Berg wird der Hohenzollernbund kaum eine Träne gekostet haben. Wie so mancher überzeugte Monarchist wird er, wie der Berliner sagt, die Nase voll haben. Mit wahnwitzigen und schamlosen Geiztrug hat sich jahrelang herumzuschlagen und herumzugern, das hält kein Vieh und auch nicht der geduldigste Fürstendiner aus.



getan, um aus den Hoffnungen Wirklichkeit werden zu lassen.

„Wir haben alles getan, was in unseren Kräften stand. Wir haben Opfer über Opfer gebracht, Locarno, Eintritt in den Völkerbund, alles, was Ihr wollt; jetzt ist die Reihe an Euch“ — so erklärte in der großen Reichstagsdebatte nicht nur Stresemann, sondern auch der sonst klügere Joseph Wirth. „Der Eintritt in den Völkerbund ein Opfer? — Ich dachte, es ist eine Ehre, im Rat der Völker gleichberechtigt mit den größten Mächten der Erde zu sitzen“ — erwiderte der geschickte Briand.

Dieser Hieb sitzt — leider. Wenn man das einmal in Deutschland begreifen würde! Daß aus unserer Stellung im Völkerbund eine überragende Machtposition zu machen ist, wenn wir nur wollen. Wenn wir eine klare, eindeutige pazifistische Völkerbundspolitik treiben. Wenn wir sagen: Gut, wir haben ehrlich abgerufen, wir sind mit Stolz und Freude in den Völkerbund gegangen; wir kennen dort nur ein Ziel, Wahrung des Friedens. Wir wollen im Rat Anwalt der Abgerufenen gegen die Waffenstärkenden, der Schwachen gegen die Mächtigen sein. Wer nicht schon aus ethischen Gründen eine solche Politik für die einzig richtige hält, dem sollte doch der politische Verstand sagen, daß auf diesem Weg allein Deutschland zu Ansehen und Macht kommen kann; denn dann hätte es alle Kleinen auf seiner Seite und dazu das Meistene der Friedenswilligen in allen Ländern.

Statt dessen — was tun wir? — Intrigieren hinter dem Rücken des Völkerbundes nach rechts und links, suchen den einen mit dem andern zu betrügen und erheben ein furchtbares Jetermordio um jede Kanone, die man uns noch nehmen will und um das heilige Recht des „freien“ Waffenhandels. Und selbst wenn wir diesmal noch damit durchkommen, auf die Dauer muß dieser Kurs genau dahin führen, wo uns der alte wilhelminische Weg hingeführt hat. Aber die Ansicht, daß der gerade Weg der nächste ist, gilt ja in Deutschland noch immer als „pazifistischer Wahn“.

## Gachfen

Wieder eine ergebnislose Ministerwahl!

Dresden, 7. Dezbr. (Sig. Drahtb.)

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten verlief in der Dienstag-Sitzung des Landtags wieder ergebnislos. Von 95 abgegebenen Stimmen erhielt der sozialdemokratische Kandidat Meißner 44 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die bürgerlichen Stimmen zerstreuten sich wieder; die Aufwertungspartei und die Nationalsozialisten stimmten für den Kandidaten der Wirtschaftspartei Kaiser.

Der kommunistische Abgeordnete Bötziger kündigte nach Abschluß der Abstimmung einen Antrag auf Auflösung des Landtags an. Der Abg. Bötziger (Soz.) gab eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wurde, daß im Lande Tagende vom Landtag vergeblich Hilfe fordern. Die Folgen müßten die bürgerlichen Parteien und die vier Vertreter der alten Sozialdemokratischen Partei tragen, da sie die Bildung einer Regierung verhindern. Der Abg. Bötziger (Komm.) brachte dann noch einen Antrag ein, in dem es heißt, daß die provisorische Regierung nicht mehr das Vertrauen des Landtags besitzt. Der Abg. Bötziger (Komm.) erklärte schließlich, daß seine Partei keine Regierung unterstützen würde, die von den Kommunisten abhängig sei; er forderte die Große Koalition.

Die nächste Sitzung des Landtags wird am Dienstag, dem 14. November stattfinden. Auf der Tagesordnung steht wieder die Wahl des Ministerpräsidenten. Außerdem soll die Abstimmung über den Vertrauensantrag der Kommunisten gegen die provisorische Regierung vorgenommen werden. Aber selbst die Annahme dieses Antrages ist vollkommen bedeutungslos, weil die Regierung bereits zurückgetreten ist.

## Verleumder rechts — Verleumder links

In dem in Mannheim erscheinenden volksparteiellen Organ wurde am Dienstag behauptet, daß die Frau unseres Genossen Brechtel als Urheberin der Enthüllungen im „Mannheimer Guardian“ zu betrachten sei. Diese Behauptung ist genau so plump und erlogen wie die Behauptung der „Kölnischen Volkszeitung“, daß der Genosse Brechtel die Enthüllungen veranlaßt hätte. Immerhin zeigen auch diese Verleumdungen wieder einmal, wie sich die Kommunisten und ihre Freunde auf der Rechten gegenjähig in die Hände arbeiten.

## Partei zu verkaufen!

Lord George kauft die Liberale Partei für eine Million Pfund

Der „Post“ (Lg.) wird aus London gemeldet:

Nach längerer Ausrufung bei einem Frühstück mit Lord George ist der alte liberale Parteivorsitzende mit wenigen Ausnahmen geneigt, die von Lord George angebotene eine Million Pfund als Parteifonds anzunehmen und die Führung von Lord George anzuerkennen.

Einflussreiche Finanzmänner hinter Asquith hatten dem Parteivorstand gleichfalls große Summen angeboten, wenn der Vorstand die Gewähr geben sollte, daß Lord George von der Führung ausgeschlossen bleibe.

Lord George hat dieses Angebot gelehrt durchzusehen, indem er dem Parteivorstand erklärte, er werde keine Million beizugehen lassen zur Verfügung stellen, wenn seine Gegner ihre Fonds gleichfalls beizugehen lassen der Partei entgegen würden. Der Parteivorstand, auf dem Lord George stets die Mehrheit hat, konnte dem die Zustimmung geben.

Schließlich hatte Lord George vor einem halben Jahre versagt, bei der Arbeiterpartei unterzukommen; dort war aber mit Geld nichts zu machen; man zeigte ihm die kalte Schulter. Die Red.

## In Deutschland sieht's nicht besser aus

Die internationalistische Telegraphen-Union meldet: Der demokratische Landtagsabgeordnete Gaudig ist vom Vorstand des Landesverbandes Preußen 2 aus der Partei ausgeschlossen worden. Wir können die internationale Mitteilung bestätigen. Graf Bismarck hat diese Ausschlussschlichtung, weil Dipl.-Ingénieur Gaudig, Vorstand der Ortsgruppe Westfalen, angeblich kein Parteimitglied sei, erklärt. Das Sekretariat der Partei verweigert nach inneren seines Parteibüros eine Parteimitgliedschaft zu geben. Dipl.-Ing. Gaudig erklärt demgegenüber, sein Parteimitgliedschaft sei ihm bekannt, drei Mitglieder des Ortsverbandes aus dem Verband ausgeschlussten zu haben, weil der eine seit 1923 Gebot unterlassen habe, der andere Parteimitglied sei und das dritte Parteimitglied einen unpolitischen Lebenswandel führe. Da sich der Ortsverband hinter Gaudig stellt, erklärt der Landesverband Preußen 2 den gesamten Verband seines Parteimitglieds und behauptet einen kommunistischen Versuch der Einflussnahme. Das wollen wir nun die demokratischen Parteimitglieder nicht glauben lassen. Sie haben sich in einer Mitteilungsversammlung hinter Gaudig und seinen Verband gestellt.

# Das Doppelspiel der Volkspartei

## Scholz will nichts gesagt haben

Der Reichstagsabgeordnete und Parteiführer der Volkspartei Scholz erklärt sich zu seiner Jüterburger Rede in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ folgendermaßen:

Er verleihe nicht die Erregung sozialdemokratischer Kreise. Seine Ausführungen seien im engeren Kreise der Vertrauensmänner seiner Partei gemacht und er habe außerdem ausdrücklich betont, daß die Deutsche Volkspartei zu Verhandlungen über die Große Koalition durchaus bereit sei. „Daß ich persönlich“, so schließt seine Erklärung, „die Aussichten eines etwaigen tatsächlichen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie unter den augenblicklichen Umständen skeptisch beurteile, das auszupprechen ist mein gutes Recht, das mir wohl nicht bestritten werden kann.“

Dazu wird uns aus Berlin geschrieben:

Nein, wir bestreiten das gute Recht des Herrn Scholz zum Ausprechen seiner persönlichen Meinung in keiner Weise. Er darf über die Möglichkeit eines tatsächlichen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie so kritisch denken und urteilen wie er will. Aber er hat sich in Jüterburg doch nicht auf allgemeine skeptische Bemerkungen beschränkt, sondern er hat klipp und klar ausgesprochen, daß es in den Fragen der Arbeitszeit und denen der Reichswehr eine Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht gebe, obwohl die Verhandlungen über diese Gegenstände noch im Gange sind, ja, was die Reichswehr angeht, Besprechungen unter den Parteien überhaupt noch nicht begonnen wurden.

Scholz steht im engeren Kreise seiner Vertrauensleute auseinander, daß die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie zu keinem Ergebnis führen könnten und der Inhalt seiner Rede wird durch die Telegraphen-Union verbreitet. Derselbe Herr Scholz aber hat als der Führer seiner Partei an den bisherigen Verhandlungen mit der Sozialdemokratie teilgenommen, ohne hier überhaupt von ihrer Zwecklosigkeit Ausdruck zu geben. Hätte er es getan, so wären diese Verhandlungen selbstverständlich im gleichen Augenblick als gänzlich sinnlos aufgegeben worden.

Sein Kommentar ändert also nichts an dem Tatbestand, den

die Sozialdemokratie ihren Erwägungen zugrunde legt. Wenn er bei seinen Vertrauensleuten in Jüterburg anders spricht als in den Konferenzen zu Berlin, so ist das zwar eine persönliche Angelegenheit, aber für uns ist es gleichgültig, ob er uns in Ostpreußen oder im Deutschen Reichstag den Krieg erklärt. Höchstens, daß wir uns noch über die Zwiespältigkeit seiner Verhaltens unsere Gedanken machen.

## Verstimmung im Zentrum

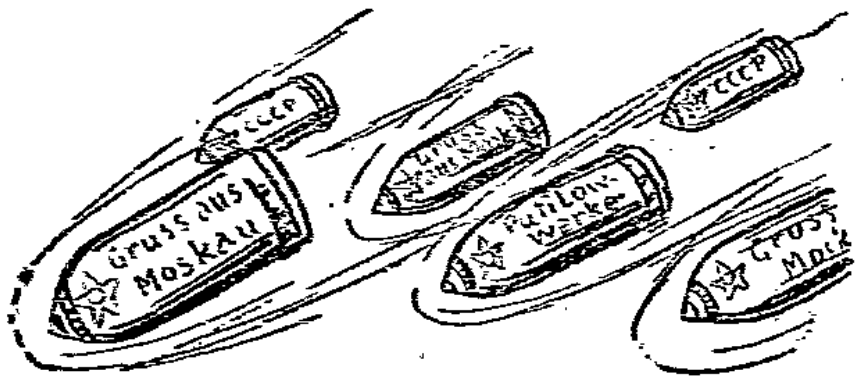
Köln, den 8. Dezbr. (Radio)

Die „Kölnische Volkszeitung“, das führende rheinische Zentrumsblatt schreibt zu der Rede des volksparteiellen Abgeordneten Scholz in Jüterburg unter anderem: „Es ist kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß man in Kreisen der Reichsregierung über diese Wendungen in der Rede des Abgeordneten Scholz nicht nur überrascht, sondern auch verstimmt ist. Wir müssen zunächst sachlich unserer stärksten Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß Herr Scholz in einer derart herausfordernden Weise in schwebende Verhandlungen eingegriffen hat. In der Tat war beabsichtigt, die Frage der Arbeitszeit durch eine ruhige und sachliche Diskussion mit den Sozialdemokraten zu einer Lösung zu bringen, nachdem sich die Regierungsparteien untereinander geeinigt hatten. Wenn der Führer einer Regierungspartei, die an den Abmachungen über eine bestimmte Verhandlungsmethode beteiligt ist, es jetzt für angebracht hält, in einem so kritischen Augenblick das Porzellan zu zerbrechen, was überhaupt noch übrig ist, dann muß man sich doch ernstlich die Frage stellen, wie weit hier Ungeheuerlichkeit oder Absicht im Spiele ist. Man möchte doch allen Beteiligten den Rat geben, die unsichere Lage, die an inneren Spannungen schon an sich reich genug ist, nicht unbedingt in eine offizielle Krise ausmünden zu lassen. Wer erwarten, daß man auch von Seiten des Zentrums Herrn Scholz ohne Umschweife bedenken wird, daß Politik nicht gemacht werden kann, wenn man gegenseitige Vereinbarungen trifft und dann einen Teil davon in einer öffentlichen Rede dasaniert. Auch in der übrigen republikanischen Presse des Reiches bringt man dem Schritt der Sozialdemokratie bei dem Reichstagsantritt durchaus Verständnis entgegen.“

## Deutsch-russischer Waffenhandel



Auf Wiedersehen, Herr Oberst, und grüßen Sie die deutschen Kommunisten von mir!



Soll geschehen, Herr Volkskommunist!

obwohl Graf Westarp in einem persönlichen Schreiben es anders betonen sollte. Das Disziplinieren ist anscheinend nicht so einfach, wie es sich der Graf nach seinen Erfolgen in der deutschen Reichstagsfraktion vorgestellt hat.

## Rechtstums in Dänemark

Kopenhagen, 7. Dezember (Sig. Drahtb.)

Der dänische König hat den Führer der Benstre nach dem Empfang sämtlicher Parteiführer offiziell mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Er erklärte, die Möglichkeit eines Sammelkabinetts aus allen Parteien zu prüfen und erst in zweiter Linie eine Parteiregierung herbeizuführen. Der bisherige Ministerpräsident Stauning erklärte in einem Zeitungsinterview, daß die Sozialdemokratie sich nicht an einem Sammelkabinettsministerium beteiligen könne. Damit muß der Plan einer Regierung aus allen Parteien als gescheitert gelten. Es bleibt jetzt die Frage, ob ein Bürgerblock zustandekommt oder ein Kabinetts aus den beiden Rechtsparteien.

Berlin, 8. Dezember (Radio). Die Parteivertretung der deutschnationalen Volkspartei, die am Dienstag in Berlin tagte, wählte ihren bisherigen Vorsitzenden Grafen Westarp einstimmig wieder.

Köln, 8. Dezember (Radio). Das erst vor wenigen Monaten mit Unterstützung der Widerstandsgruppen zustande gekommene nationalistische Kabinettsministerium wurde am Dienstag gestürzt. Die Widerstandsgruppen haben der Regierung schon seit einigen Tagen ihre Unterstützung entzogen. Den äußeren Druck zum Sturz hat die ungenügende Antwort der Regierung auf eine Interpellation, während in Wirklichkeit mangelnde Unterstützung des Kabinetts aus die Widerstandsgruppen deren Stimmabgabe gegen die Regierung veranlaßte.

Berlin, 7. Dezember. Die englischen Seestreitkräfte, die in Spanien eingesetzt werden, sind — wie aus London gemeldet wird — auf Befehl der spanischen Behörden wieder zurückgezogen worden, nachdem die Garantie für das britische Kommandogebiet mangelhaft war.

## Vier Monate vor dem Weltkrieg

Zeitgemäße Enthüllungen aus deutschen Archiven

In der bei der Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte jetzt erscheinenden Schlussausgabe der deutschen Alpenpublikation wird ein Bericht des Volksparteiers in Paris vom 1. März 1913 wiedergegeben, in dem sich die deutsch-französischen Beziehungen spiegeln, die damals durch die beiden Parlamenten vorliegenden Heeresverträge befaßt waren. Jhr. von Schoen, Mitglied des Reichstages:

Was die Stimmung der französischen Nation betrifft, so kann sie sich des chaotischen Gehaltens mancher Kreise und trotz des allgemeinen Träumens von Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen im ganzen als friedliebend bezeichnet werden. Aggressive Gedanken liegen den Machthabern und dem Volke fern. Sie finden selbst in militärischen Kreisen nur vereinzelte Verstärker, und auch da mehr in taktischem wie in politischem Sinne; dem Beweise freilich, den mir kürzlich Herr Poincaré für Frankreichs Friedensliebe in der Tatfrage geben wollte, daß es die verhältnismäßig günstige Gelegenheit während der Balkankrise zu kriegerischem Vorgehen nicht benutzt habe, möchte ich eine überzeugende Kraft nicht beimeßen. Es scheint mir doch nicht ausgeschlossen, daß für die französische Friedensliebe ein russisches non possumus (Nichtkönnen) mitbestimmend gewesen ist, und daß auch die militärische Inanspruchnahme in Marokko erheblich mitgesprochen hat. Immerhin, die Stimmung der Nation ist vorwiegend friedlich — „La France“, so lautet heute das nationale Bekenntnis, „la France ne veut pas la guerre, mais“ — es fehlt nicht an einem „aber“ — „mais elle ne la craint pas!“ Herr Poincaré hat die allgemeine Meinung zutreffend wiedergegeben, wenn er diesen Reif nach einiger Zeit in seiner Rede in Nantes ausgesprochen, und der Präsident hatte gewiß auch recht, wenn er in seiner kürzlichen Unterhaltung mit mir seinen Friedensbeteuerungen sofort hinzugefügt hat, die Stimmung in Frankreich sei eine gereizte und mache sich in manchen Unfreundlichkeiten Luft. Wenn er dabei diese Erscheinung als die Nachwirkung von Agadir hinstellte, so mag dies insofern zutreffend sein, als die feindselige Stimmung in jenem Ereignis teilweise ihren Ursprung hat; ihr Anhalten und ihre Vertiefung aber ist meiner Meinung die Frucht der nationalistischen Saat, die gerade Herr Poincaré im Verein mit Herrn Millerand in fruchtbaeren Boden gestreut hat. Wir werden daher mit dem Fortbestehen dieser Stimmung zu rechnen haben. Sie bleibt

das offene Pulverfaß, in das jederzeit unversehens ein Funke fallen oder von Festerhand geworfen

werden kann. Sie wird jedenfalls intensiv andauern und mag noch manche glühende Blüten treiben, bis die Rüstungsströme haben und drüben überhand nehmen. Dann dürfte sie, dem französischen Temperament entsprechend, das mehr oder weniger künstlich erzeugte Ennui nicht lange erträgt, etwas abblauen; aber erloschen wird sie schon deshalb nicht, weil das Volk immer geneigt sein wird, den durch das dritte Dienstjahr und die finanzielle Anspannung erzeugten Druck dem Vornehen Deutschlands zur Last zu legen, das überdies nach tieferer Aufregung sein starkes Übergewicht an Volkskraft dem Volk nach Glatz-Rohrinnen verdankt. Und ferner wird ein tiefes Mißtrauen gegen uns wach bleiben. Die Wagnisvorstellung, daß wir mit unseren Rüstungen eine für Frankreich unerträgliche Hegemonie in Europa anstreben, hat sich nicht nur in den Massen, sondern auch in führenden Köpfen so tief eingegraben, daß sie nicht leicht zu entwurzeln sein wird. Und leider sind die Leistungen unserer Alldeutschen nur zu sehr geeignet, den Franzosen gefällige Argumente für ihre Nervosität zu liefern.

Schoen endet seine Ausführungen, die sich durch ihre bezeichnende Art auszeichnen, mit der Formel, daß die Franzosen „ebenfalls ohne verbindliches Entgegenkommen wie ohne Rücksicht auf das Bestehen“ wären. Wilhelm bemerkt zu dem Bericht: „Alles sehr schön! Aber natürlich nutzlos, wenn nicht eine abschreckend starke Militärmacht dahintersteht, die die Rede aus unmöglich macht.“ In wenigen Monaten war die Politik auf beiden Seiten eine „abschreckende Militärmacht“ zu fallen, vollendet nach Annahme der Militärverordnungen hielt im Sommer 1914, Deutschland 761 000 Mann (einschließlich Unteroffiziere und Offiziere), Frankreich 794 000 Mann (ohne Unteroffiziere und Fremdenlegionäre) unter den Waffen. Die Pulverfässer waren zum Bersten gefüllt. Der österreichisch-serbische Krieg war der Funke, der sie explodieren ließ.



# Ein Appell an die Beamten!

Noch nie sind die Fragen der Arbeitszeit, des Lohnes und der Besoldung so stark als Lebensfragen des gesamten Volkes in Erscheinung getreten wie in unseren Tagen. Ohne Hebung der Kaufkraft der Massen, ohne Reform der Arbeitszeit kein wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg. Die Kolonnen der Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen daher mehr als bisher in enger Fühlung miteinander marschieren. Zur Stärkung der Einheitsfront der Arbeitnehmer, vor allem durch die Beamtenschaft, haben daher der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund folgenden, vom 1. Dezember datierten, Aufruf an die Beamten gerichtet:

## An die Deutsche Beamtenschaft!

Das soziale Ringen der Besitzenden und der Besitzlosen hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Immer deutlicher zeigt sich, daß alle aus dem Krieg entstandenen Lasten auf die breiten Schichten der Beamten, Angestellten, Arbeiter und der sonstigen wertvollen Kreise unseres Volkes abgewälzt werden sollen.

Die Rationalisierung der Betriebe ist begleitet von Lohndruck und Verlängerung der Arbeitszeit; sie hat nicht etwa zur Verbilligung der Preise, sondern lediglich zur Erhöhung der Gewinnquoten der Unternehmungen geführt.

Die Hebung der sozialen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter wird in dieser Zeit mehr denn je davon abhängig sein, daß die drei großen Gruppen der Arbeitnehmer ihre gemeinsamen Konsumenteninteressen erkennen und in geschlossener Front für eine Milderung der deutschen Wirtschaftspolitik eintreten. Die Rationalisierung der Industrie und die damit verbundene gesteigerte Produktion darf nicht zur Vereinerzählung einzelner Großkapitalisten führen, sondern sie muß eine sichtbare Preislenkung, eine Steigerung des Absatzes und damit auch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in die Betriebe zur Folge haben.

Auch für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten kann es nicht nur darauf ankommen, ihre Nominalgehälter zu erhöhen; auch sie bedürfen in erster Linie einer Hebung ihrer Kaufkraft. Bei der Überwindung der europäischen Wirtschaftskrise geht es darum, Produktionskraft und Absatzmöglichkeit wieder in Einklang miteinander zu bringen.

Hier läßt sich die allgemeine Lohnfrage der Arbeiter und Angestellten nicht trennen von dem Besoldungsproblem der Beamten. Niedrighaltung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, sozialer Druck in den Privatbetrieben, auch für die Beamtenschaft dieselben unsocialen Wirkungen aus. Massenarbeitslosigkeit und Personalabbau stehen in unmittelbarer Wechselwirkung.

Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Bewegung der Beamten hat deshalb zur Voraussetzung, daß sie befähigt ist, sich gemeinsam mit den organisierten Arbeitern und Angestellten den großkapitalistischen Nutznießern unserer heutigen sozialen Not entgegenzustellen.

Die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann verhindern, daß der Staat ein einseitiges Machtinstrument in den Händen der Industriellen und Großgrundbesitzer wird. Sie sichert die deutsche Republik, in der allein ein freibeamtliches Berufsbeamtentum gedeihen kann. Sie erstrebt eine Wirtschaft, in der das gemeinwirts-

chaftliche Interesse stets den Profitinteressen des Einzelnen vorangeht.

Darum, Beamte, fort mit allen Vorurteilen: Hinein in die freie Beamtengewerkschaftsbewegung! Arbeitet mit an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Volkes!

Berlin, den 1. Dezember 1926.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund:  
Falkenberg. Roß u.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:  
Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:  
Aufhäuser. Stähr. Urban.

## Veränderungen in der elektrotechnischen Industrie

Von den während des Krieges und nach dem Kriege sich verändernden Produktions- und Absatzbedingungen wurde naturgemäß die elektrotechnische Industrie als ausgesprochene Verfeinerungsindustrie ganz besonders betroffen werden. Für die Entwicklung sind zwei Bestrebungen wichtig. Einmal eröffnen sich für die elektrotechnische Industrie weite Neugebiete infolge der wirtschaftstechnischen Umstellung, der Rationalisierung, da in vielen Fällen die Elektrifizierung und die billigere Beleuchtung mit Kraft mit Rationalisierung gleichbedeutend ist. Auf der anderen Seite aber sehen wir, wie die Länder, die früher in ihrem Bezug elektrotechnischer Artikel in hohem Maße von den westeuropäischen Wertstätten abhängig waren, zur Eigenversorgung übergegangen sind. Wir geben die Entwicklung nach den Angaben des Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie E. V. durch folgende Zusammenstellung wieder:

	Produktion in Millionen Mark	Arbeiterzahl in 1000	Ausfuhr in Mill. Mark
Insgesamt	1913 3 374 1925 7 496	456 829	688,8 1303,2
davon:			
Deutschland	1913 1 300 1925 1 750	140 190	330,6 556,5
Nordamerika	1913 1 078 1925 3 609	118 290	112,4 353,2
Kanada	1913 54 1925 90	5 8	0,3 12,7
Großbritannien	1913 600 1925 564	75 135	156,2 352,2
Frankreich	1913 150 1925 368	30 75	30,2 78,3
Rußland	1913 83 1925 9	12 6	— —
Italien	1913 45 1925 139	— —	8,3 12,2
Japan	1913 69 1925 214	— 25	1,6 11,1

Zu erfassen waren bei der Vielgestaltigkeit der Fabrikate in der elektrotechnischen Industrie nur die Wertziffern. Um einen Vergleich derselben zu ermöglichen, sind die Wertziffern auf eine einheitliche Preisbasis, auf die deutsche, und über den Teuerungsfaktor auf den Vorkriegswert zurückgeführt worden. Es zeigt sich vor allem die größere Beteiligung der überseischen Länder an der elektrotechnischen Produktion. Sie betrug (erfaßt werden die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan) 1913 rund 32,2 Prozent. Sie hat sich im Jahre 1925 auf 52,2 Prozent gesteigert; insbesondere vermehrten die Vereinigten Staaten ihren Anteil von 28,9 auf 48,1 Prozent. In dem Maße wie Übersee fortschritt, ging die europäische Produktion zurück. Sie betrug 1913 rund 87,8 Prozent und sank im Jahre 1925 auf 47,8 Prozent. Erhöhen konnten ihren Produktionsanteil Frankreich (von 4 Prozent auf 4,9 Prozent) und Italien (von 1,2 Prozent auf 1,9 Prozent). Zweifelslos spielt hier das Valutadumping eine große Rolle. Die europäische Produktion ging von 16 Proz. im Jahre 1913 auf 11,5 Proz. im Jahre 1925 zurück und die deutsche von 34,9 Proz. auf 23,3 Proz. Wenn sich die deutschen Produktionsziffern und die Ziffern der in der elektrotechnischen Industrie beschäftigten Arbeiterkraft auch absolut erhöht haben, ist die Steigerung nicht in dem Maße fortgeschritten wie in an-

deren Ländern, z. B. wie in Nordamerika und auch nicht in dem Maße, wie das vor dem Kriege der Fall war. Trotzdem die deutsche elektrotechnische Industrie im Jahre 1925 rund 50 000 Arbeiter mehr beschäftigte, liegt doch hier eine der wichtigsten Ursachen für die Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes.

Interessant ist auch der Versuch, einen Teuerungsfaktor in Gold für die elektrotechnische Industrie zu errechnen. Unter Benutzung des Teuerungsfaktors 1,2 kommt der Zentralverband der Deutschen Elektrotechnischen Industrie zu einem Mittelwert von 1,38. Dieser stellt die mittlere Teuerung der Weltproduktion dar, ist also nicht das arithmetische Mittel der Teuerungsfaktoren der einzelnen Länder, sondern ein gewogenes Mittel, das errechnet worden ist unter Berücksichtigung des prozentualen Anteils der einzelnen Länder an der Gesamtproduktion. Danach ergibt sich ein Teuerungsfaktor in Gold (1913 = 1) für Deutschland von 1,2, für die Vereinigten Staaten von Nordamerika und für Kanada von 1,45, für Großbritannien von 1,62, für Frankreich von 1,14, für Österreich von 1,2, für die Schweiz von 1,44, für Italien von 1,08, für Japan von 1,3, für Schweden von 1,55, für die Tschechoslowakei von 1,44, für Rußland von 3,5 und für die anderen Länder von 1,44. Insgesamt hat sich die Produktion gegenüber 1913 um das 2,01fache gesteigert. Die Zunahme bezogen auf die Produktion 1913 beträgt (1913 = 1) für Deutschland 1,35, für die Vereinigten Staaten 3,35, Kanada 1,67, Großbritannien 1,44, Frankreich 2,45, Österreich 0,78, für die Schweiz 1,71, für Italien 3,08, für Japan 3,10, für Schweden 1,90, für die Tschechoslowakei 2,1, für Rußland 0,1 und für die anderen Länder 1,45.

## Aus der Maschinenindustrie

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten teilt über die Lage in der deutschen Maschinenindustrie im Monat November 1926 folgendes mit: „Es gewinnt den Anschein, als ob auch die Maschinenindustrie nach dem langen Einhalten der tiefen Depression am Anfang einer, wenn auch erst geringen Besserung der Wirtschaftslage stünde, die allerdings nur ganz allmähliche Fortschritte machen dürfte.“ Im einzelnen ist mitzuteilen, daß die Infragestellung der Inlandsnachfrage sehr stark zugenommen hat. Der Zugang an Inlandsaufträgen steigerte sich zwar noch nicht in dem Maße wie die Aufträge, war jedoch höher als im Oktober. Etwas stärker nahmen die Auslandsaufträge zu.

Im großen und ganzen kann festgestellt werden, daß die wirtschaftstechnische Umstellung zu starken Neuanpassungen drängt, und zwar lassen die in vielen Zweigen großen Bestellungen auf eine infolge der Krise eingetretene starke Zurückhaltung in der Befriedigung des wirklichen Bedarfs schließen. Davon machen die Landmaschinenbetriebe eine Ausnahme. Diese rechnen gewöhnlich auch nicht während des Winters mit einer Geschäftsbeseitigung, da die Landwirtschaft erst mit eintretendem Bedarf (bei der Bestellung und bei der Ernte) Neuanpassungen vornimmt. Man hat aber infolge der gestiegenen Getreidepreise schon für den Winter stärkere Maschinenbestellungen aus der Landwirtschaft erwartet, die unsehrbar Maschinen braucht. Da das nicht der Fall ist, scheint die Landwirtschaft durch ihre im November und Dezember fällig gewordenen bzw. fällig werdenden Wechselverpflichtungen mehr angepannt zu sein als man annahm. Die teilweise mit künstlichen Mitteln vorgenommene Getreidepreissenkung ist also im Grunde genommen den Banken zugute gekommen, deren eingefrorene Kredite durch das gesteigerte Einkommen der Landwirtschaft flüssig gemacht wurden. Eine Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft ist wohl nur beschränkt eingetreten. Diese Entwicklung dürfte wohl auch jene Hoffnungen zunichte machen, wonach man von einer Steigerung der Kaufkraft in der Landwirtschaft eine allgemeine Wirtschaftsbesserung erwartete.

Der Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie hat sich nach den Angaben des oben genannten Vereins im Monat November noch nicht merklich gehoben; jedoch dürfte er ungefähr 55 bis 60 Prozent des Sollbestandes ausmachen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt gegenwärtig wieder 48 Stunden.

Die Verbesserungen scheinen sich in der deutschen Maschinenindustrie in erster Linie in dem Bestreben auszuwirken, vorerst mal die Kurzarbeit abzubauen. So sind Verbesserungen der Beschäftigten nur in beschränktem Maße vorgenommen worden. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten berichtet nun, daß es in einigen Fällen nicht möglich war, sofort die für Sonderarbeiten benötigten geschulten Arbeitskräfte zu finden. Diese Feststellung des Vereins wird sicherlich überraschen. Unter den Arbeitslosen in Berlin gibt es z. B. immer noch, nach den Feststellungen der Arbeitsnachweise, 40 000 Metallarbeiter. Ein Mangel an Facharbeitern ist bis jetzt auch in keiner Branche beobachtet worden. Selbst Werkzeugmacher auf Schnitt und Stanzen, die infolge der technischen Umstellung der Betriebe sehr stark und weitläufig angefordert werden als jede andere Gruppe in der Metallindustrie, konnten hinreichend gestellt werden.

## Das Spiel mit der Puppe

Roman von Max Barthel  
Verlag Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61

54 Fortsetzung:

Es ist ein dümmes Versteck, der Dichter mußte über seinen Personen stehen, er mußte gerecht sein. Nun, Hall stand über seinen Arbeitern, als er Direktor war und sich in Capri so betrank, daß der Streik acht Tage länger dauerte. Hall war nie gerecht, weil er über den Arbeitern stand. Wir sind nicht Herr Hall, wenn wir die Welt auch manchmal zu sehr „von der Tiberbrücke aus“ betrachten. Wir sehen scharfer und kennen, weil wir oft schweigen mußten, auch die Gedanken des Herrn Hall und die seiner Freundin. Wir halten den Würfelbecher des Schicksals in unserer Hand. Aber wir sind gerecht bei unserem Spiel.

Laßt weiter sehen, wie die Würfel fallen!

Thomas sah mit dem Polen und dem kleinen Leipziger bei Pauli, als Barbarossa kam. Barbarossa — keiner kannte den richtigen Namen, das war auch nicht wichtig — setzte sich an den runden Tisch und machte ein triumphierendes Gesicht.

„Wißt ihr schon“, sagte er, „daß Schreißvogel bei den Mönchen in Monte Cassino ist?“

„Schwarze Schiebung! Will er katholisch werden?“ lachte der kleine Leipziger.

„Der und Schiebung! Leipziger, das sollst du doch wissen. Der war verrückt. Wie der David Beder, der in der römischen Zelle vom Seilband sitzt.“ In das verlegene Schweigen lärmte er weiter: „Nein, er arbeitet, er arbeitet.“ Kinder, er arbeitet! Bei den Mönchen! Er begann zu lachen und sah, als die anderen schwiegen, höhe in die Runde. Da lachte auch der kleine Leipziger, dann der Pole. Quast blieb stumm. Barbarossa schob einen Wutbild auf den Jüngling, doch der lachte:

„Das ist nicht das Neueste, Barbarossa, ich war mit Schreißvogel in Monte Cassino.“

„Warum bist du nicht auch bei den Mönchen geblieben?“ murmelte Barbarossa.

„Ich wollte dich doch kennen lernen“, antwortete mit einem Spott Thomas. Der Schmeiß lüchelte gleichmütig und legte los:

„Und was meint ihr, wer ist jetzt der König?“

„Barbarossa“, sagte der Pole, „aber der Tisch muß in Wein kommen.“

„Er schwimmt und ihr alle mit“, prahlte Barbarossa. „Ich lade alle für übermorgen zu Pauli ein. Um vier Uhr steigt die Kränzung. Der Barbarossa weiß, was er sich schuldig ist. Von diesem Tag muß ganz Italien und Ägypten sprechen. Porco madonna!“ dröhnte er mit Knäuelschlägen auf den Tisch.

„Sollen alle kommen?“ fragte der Pole.

„Alle, alle!“ Er warf zwei Bire auf den Tisch. „Für euch, Abbio!“ Er stand auf und ging. Keiner hatte Lust zu neuem Wein. Endlich nahm der Pole das Geld und bestellte eine neue Kränzfische. Thomas trank nur ein Glas und ging dann auch. Er pilgerte über die Tiberbrücke nach dem Kapitäl.

Freundlos stieg er die breite Treppe hinauf an den Wollsfässigen vorbei und sah plötzlich Mark Aurel, den vergoldeten Reiter durch die Jahrhunderte, auf dem freien Platz in der Sonne blitzen. Thomas hatte Geld, schöne, silberne Bire, die in der Tasche klopften. Er hatte, übrigens schon von Neapel aus, an einer Arbeiterzeitung kleine Reiseberichte geschickt, soziale Impressionen, für die jetzt die ersten Honorare anstiegen. Dann hatte er auch zehn Tage richtig gearbeitet. Eine deutsche Maschinenfabrik errichtete in einer Vorstadt eine Niederlage. Durch Zufall geriet der deutsche Ingenieur Schmitz, der Leiter dieses Lagers, auf der Suche nach kleinen Mädchen, der Leiter bei Pauli gab es leider keine kleinen Mädchen, aber es gab den Thomas Quast, mit dem Schmitz bekannt wurde.

Schmitz war der erste Späher, den seine Industriestadt nach dem Krieg nach Italien schickte. Der verloren gegangene Markt sollte mit allen Mitteln wieder erobert werden. Schmitz fand auch einen Italiener, der nach außen hin die Firma mit seinem klangvollen Namen deckte. Die Geschäfte aber sollte die Firma in Chemnitz machen. Der Lagerchef war gerichtet, nun begann der langwierige Krieg und Kleinkampf um die Einfuhrziffern. Thomas ließ sich in diesen Krieg nicht verwickeln. Er nahm den Lohn der zehn Tage, zog in ein kleines Hotel und bemalte manchmal mit Schmitz und einem deutschen Maler, namens Fischer, durch die abendliche Stadt.

Wier Wochen war er schon in Rom und hatte alles ausprobiert: eine Nacht voller Ungeheuer im Asyl, eine Nacht mit dem Polen unter der Tiberbrücke, dann mit einem der alten Klosterbetrier eine Nacht in den Katakomben weit draußen an der Via Appia. Diese Nacht war grauenvoll gewesen. Die Luft in den unterirdischen Höhlen war Gräberluft. Es stank nach Moder und Verwesung. Jetzt aber war er beinahe Bourgeois. Er wohnte in einem Hotel, hatte ein hübsches Zimmer und betrachtete Rom von der anderen Seite. Von einem Museum lief er in das andere und war bei der maßelosen kapitalistischen Venus mehr zu Hause als bei Pauli und den Landstreichern.

Auf ein Tagebuch hatte er sich angelegt, in das er gewissenhaft alle berühmten Bilder und Statuen eintrug, die er ge-

sehen hatte. Schmitz hatte ihm einen Baedeker geborgt, den er eifrig las und nachsah. Die große Geschichte der Stadt Rom zerteilte er in die Jahreszeiten regierender Konsuln und Cäsaren. Doch bald ekelte ihn diese Beschäftigung an. Er zerlegte das Tagebuch und ließ die Blätter von den gelben Wellen des Tibers zum Meer tragen. Nun war er frei und unbeschwert, war wieder Rundschaffter, der die Welt mit eigenen Augen betrachtete.

Von den vielen Bildern und Statuen waren ihm auch jetzt noch manche zärtlichen Freunde. Der Moses und die Victoria von Michelangelo erquickten immer wieder. Die kapitalistische Venus war zum Weinen schön. Der Vater Nil, von den winzigen Figuren der Fruchtbarkeit wimmelnd umdrängt, ließ ägyptische Landschaft ahnen. Den glatten Apollo von Veisvedere haßte Thomas. Auch den sanften Rafael liebte er nach kurzem Kampf nicht mehr. Tief erschütterte ihn die Bemerkung, die er in einer Zeitschrift, in einer Streitschrift gegen die klassische Kunst und gegen alle Kunst überhaupt gelesen hatte, daß die alten Meister ihre Statuen und Bilder ja auf Bestellung gemacht hätten. Die Begeisterung der internationalen Globetrotter, die er bei seinen Besuchen oft anhören mußte, widerste ihm an. Er ahnte neue Zusammenhänge. Braterei — Notarbeit, aber dahinter steht das Geheimnis: das Unterbewußtsein, das den Weisheit des Bildhauers, den Pinsel des Malers führt und die Schnur der Menschheit im Kunstwerk gestaltet.

Die Verzauberung der Materie erlebte er manchmal selbst, wenn er für eine Zeitung einen neuen Reisebericht schreiben sollte. Zuerst war der Stoff da, der Bericht, doch dahinter reifte sich eine Kraft, ein Wider mit weitem Willensschlag, der das Wort zum zauberhaften Bild emporriß. Oder es wurde ein Gedicht, zuerst hilfloses Gekrammel aus dem Überfluß des Herzens, Chaos, das sich rhythmisch ordnet und dann bewußt klar wird und sich unbewußt verflücht. Er war ein großer Philosoph geworden im Anblick der tragischen Figuren und Ruinen alter Jahrtausende. Angefächelt der gestürzten Tempel baute er, nein, baute sich in ihm neue Tempel auf, der Tempel aller Tempel, des Turmhauers der Arbeit. Und jetzt ging er zu seiner Marmorgeliebten, der kapitalistischen Venus.

Er ließ den grauen Wächter die maßelose Frau und Göttin auf dem Sockel drehen und ihren Leib von der Sonne überfluten. Thomas ahnte die Seiterzeit der Griechen, die in einem unterirdischen Jahrhundert der Reife beinahe die ganze menschliche Entwicklung vorweggenommen hatten: Politik, Philosophie, Kunst, ein grandioser Ueberbau der Idee, errichtet auf den gebeugten Rücken der Leibeigenen und Sklaven, aber alles überstrahlend die Selbsterleuchtung des menschlichen Körpers, des nackten Menschen und die Vermenschlichung der Götter.

(Fortsetzung folgt)



# „Alte Bekannte“

auf dem

**Weihnachtstisch**

sind

## Lande-Zigaretten!

Besonders beliebt:

<b>Lande-El Kedar</b> im Langformat	4
<b>Lande-Princess of Wales</b>	5
<b>Rose-Film-Mundstück</b>	5
<b>Lande-Klasse</b> die Standard-Marke	5
<b>Lande-Moktar</b> die köstliche Orient-Zigarette	5

**Neu! Lande-Casino**  
in der schwarz-weißen Karo-Packung, mit Sport-  
bildbeilagen aus dem Bezirk Lübeck-Mecklenburg 4

### Für das Weihnachtsfest

Ia. braune Pfeffernüsse	per 1/2 kg 0.70
Allerf. braune „Hausbacken“	1.00
Weißer Pfeffernüsse	1.00
Braune Kuchen mit Mandeln belegt 10, 20, 50 g	1.00
Braunkuchenbruch	per 1/2 kg 0.60

Prüfen Sie unsere Qualitäten und  
bestellen Sie bitte rechtzeitig

### Konsumverein

für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.



**Vorboten**  
**kommender Weihnachtsfreuden**  
sind die Wäckerlein aller Art, die schon lange vor dem Fest  
unter den fleißigen Händen der Hausfrau entstehen, vor allem  
der leckere Weihnachtsstollen. Je schöner er gerät, desto herz-  
licher die Vorfreude aufs Fest. Mit „Rama-Margarine butterfein“  
gelingt das Weihnachtsgebäck aufs Köstlichste, locker und zart,  
im Geschmack und Nährwert reiner Butter, und zugleich aufs  
Billigste, denn „Rama-Margarine butterfein“ kostet nur  
50 Pfg. 1/2 Pfund.

Kinderrezepte: „Der kleine Geco“ oder „Tipp“, die beizugeben, kostenlos.

**TRIUMPHATOR**

**Qualitäts-Rechenmaschinen**

Glänzend bewährt bei  
Industrie — Behörden  
Gewerkschaften u. Verbänden  
Banken — Handel usw.

Erstklassige Gutachten  
Druckschriften und Vorführung überall  
kostenlos und unverbindlich

**TRIUMPHATORWERK M. B. H.**  
**LEIPZIG-MÜLKAU 447**

### Kuhnt, Heilpraxis

An der Mauer

Sprechzeit von 5—7 Uhr

Kräuterkuren und Ölkuren  
haben besten Erfolg.

**Grude** in langjährig  
bewährter  
Qualität

**Adolf Borgfeldt, Lübeck**  
(5977) Fernruf 672, 678

**Glas** scheiben  
aller Art  
u. Zubeh. O. Tauchnitz,  
Glashandlung  
Jernstr. 280, Fleischh. 35  
Bilder-Einrahmungen.

**Fahrräder 15.-**  
Nähmaschinen  
Anzahlung, Woche 5 M.  
Gr. Auswahl, billig  
Lauer, Watenh. 5



**Märchen- und Bilderbücher in allen Preislagen**  
**Klassiker \* Unterhaltungsliteratur \* Das politische Buch**  
**Künstlerrnappen \* Wandschmuck**

**Buchhandlung Lübecker Volksbote**

Johannisstraße 46

Geschäftszeit 8—6 Uhr



## Freistaat Lübeck

Mittwoch, 8. Dezember

### Früher Abend

Reiz Herz ist so schwer, ich sehe kein Licht  
im weiten dümmern Raum ringsum;  
ich beuge mich nieder und bitte um Rat:  
der Himmel bleibt stumm.

Ich harre verzagt in den Nebel hinein,  
da spricht ein Stern nach dem andern auf.  
Ich glaube, sie winken mir Antwort von Gott,  
sie alle zuhauf.

Ich beuge mich nieder voll Demut und Dank,  
denn morgen ist alles ja wieder klar;  
doch da verschwinden die Sterne vor Scham —  
o Gott, sie reden nicht wahr.

Dem loben erschienenen Buch Ernst Harnack „Der wilde  
Gott“, in der Uebersetzung von Heinrich Goebl, mit besonderer  
Erlaubnis des J. M. Spach-Verlages, Berlin, entnommen.

## Parteiversammlung

Vortrag des Genossen Zander über Schulzeugnisse

Am Dienstagabend fand im Gewerkschaftshaus die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Der Vorsitzende, Genosse Hant, gedachte der verstorbenen Genossen. Es sind dies H. Schacht, H. Glau, W. Martens, A. Mitom, J. Hölzer, H. Barnow, W. Steffens, W. Kofele, E. Jaekel, Wittkott und Frau Lundsbeck.

Dann hielt Mittelschullehrer Genosse Zander einen sehr reichen Vortrag über die Schulzeugnisse in der neuen Schule. Er führte unter Bezugnahme auf seinen am Sonntagabend, dem 4. Dezember im Volksboten veröffentlichten Artikel aus, daß die Beibehaltung der heute üblichen Zifferzeugnisse nicht dem Geiste des Schulfortschritts entspreche. Da es wissenschaftlich erwiesen sei, daß eine gerechte Zensurierung durch den Lehrer nicht möglich sei, solle man ganze Arbeit machen und die Zifferzeugnisse abschaffen, insbesondere auch da sie für Lehrer, Eltern und Kinder verwerfliche Täuschungen im Gefolge haben können. An die Stelle der bisher üblichen Zeugnisse mögen kurze Charakteristika treten.

Die sachkundigen und interessanten Ausführungen lösten eine lebhafte Aussprache aus, an der sich die Genossen Herrmann, Dreger, Dr. Leber und ein weiterer Genosse, der als Elternratsmitglied tätig ist, beteiligten. Alle Redner bekundeten ihr Einverständnis mit dem Referenten. Es zeigte sich auch die erfreuliche Tatsache, daß die Elternschaft lebhaft an der Schulfrage interessiert ist. Wie Genosse Dreger mitteilte, ist der anfängliche Widerstand der Elternschaft gegen die Erneuerung aus der geringen Aufklärung zu schließen. Es sei jetzt aber bei den Elternratsmitgliedern ein Verständnis für diese Erneuerung zu verzeichnen. Wenn 1927 würden allerdings Zeugnisse wie bisher ausgestellt. Im übrigen müsse man den Fortschritt auch als solchen anerkennen. Im Schlußwort gab Genosse Zander Aufschluß über einige Fragen und warnte vor denjenigen Redatoren, die nur zu den Eltern kommen, wenn sie diese nötig haben. So im Fall der Abschaffung der Zeugnisse. Es handle sich meist um solche Redatoren, die Gegner der Selbstverwaltungskörperschaften sind. Die Elternräte müßten hellhörig sein und dürften keine voreiligen Beschlüsse fassen. Im übrigen könne man nur allmählich die alten Methoden überwinden.

Die Meinung der Versammlung verdichtete sich zur einstimmigen Annahme folgenden Beschlusses:

Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung sozialistischer Eltern beschließt:

1. Die Versammlung empfiehlt der Oberschulbehörde, an die Stelle der bisherigen Schulzeugnisse grundsätzlich kurze Charakteristika treten zu lassen, in denen das Verhältnis der Leistungen des Kindes zu seiner Leistungsfähigkeit unter Eingehen auf seine persönliche Eigenart, seinen Persönlichkeitswert, betont wird;
2. diese Charakteristika nur am Schluß eines Schuljahres, am Schluß der Schulzeit, beim Uebertritt in eine andere Schule oder in einen Beruf ausstellen zu lassen;
3. Zwischenzeugnisse (in derselben Form) nur auszustellen, a) wenn die Leistungsfähigkeit des Kindes seine Nichtverletzung zum Schluß des Schuljahres befürchten läßt, b) auf Anfordern der Eltern jederzeit, insbesondere auch, wenn ein schriftliches Gutachten für die Bewerbung um eine Lehrstelle gewünscht wird.

\*

ParteiSekretär Genosse Weiß gab dann noch den Beschluß des Parteivorstandes bekannt, auch in diesem Jahre eine Silvesterfeier mit Ball abzuhalten. Die Vorarbeiten erledigt der Vorstand mit 20 Genossinnen und Genossen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu.

## Ein Geschenk von dauerndem Wert

Wird eine Versicherungspolice bei der Volksfürsorge. Die Weihnachtsfeier steht vor der Tür. Manchen Familienwater bewegt die Frage, wie er seinen Lieben eine Freude bereiten kann. Viel Geld steht ihm nicht zur Verfügung; für irgend einen billigen Kamisch ist aber auch das wenige zu schade. In dieser Verlegenheit leistet eine Versicherung bei der Volksfürsorge vorzügliche Dienste. Mit einigen Reichsmark ist die Aufnahmegebühr und die erste Prämie bezahlt und man steht nicht mit leeren Händen Frau und Kindern gegenüber, sondern mit einem Geschenk, das unter Umständen Hunderte von Reichsmark an Wert repräsentiert. Wer z. B. als 30jähriger Mann eine Versicherung bei der Volksfürsorge mit 2 Reichsmark Monatsprämie und 25jähriger Dauer abschließt, hat damit eine garantierte Versicherungssumme von 580 Reichsmark in Aussicht, die bei Tod durch Unfall schon im ersten Versicherungsjahre im doppelten Betrage fällig wird. Bei Tod infolge akuter Infektionskrankheiten, wie z. B. Grippe, wird die Versicherungssumme ebenfalls im ersten Jahre gezahlt. Das ist dann eine Leistung, die der Familie zugute kommt und die dem Geschenk dauernden Wert verleiht. Anträge, die sofort gestellt werden, werden noch bearbeitet, daß die Policen eventuell noch vor den Feiertagen in die Hand der Versicherungsnehmer kommen. Man wende sich an die Rechnungsstelle der Volksfürsorge in Lübeck, Hansstraße 160 (Konsumverein).

## Vorschläge zur Straßenverbreiterung Lübecks

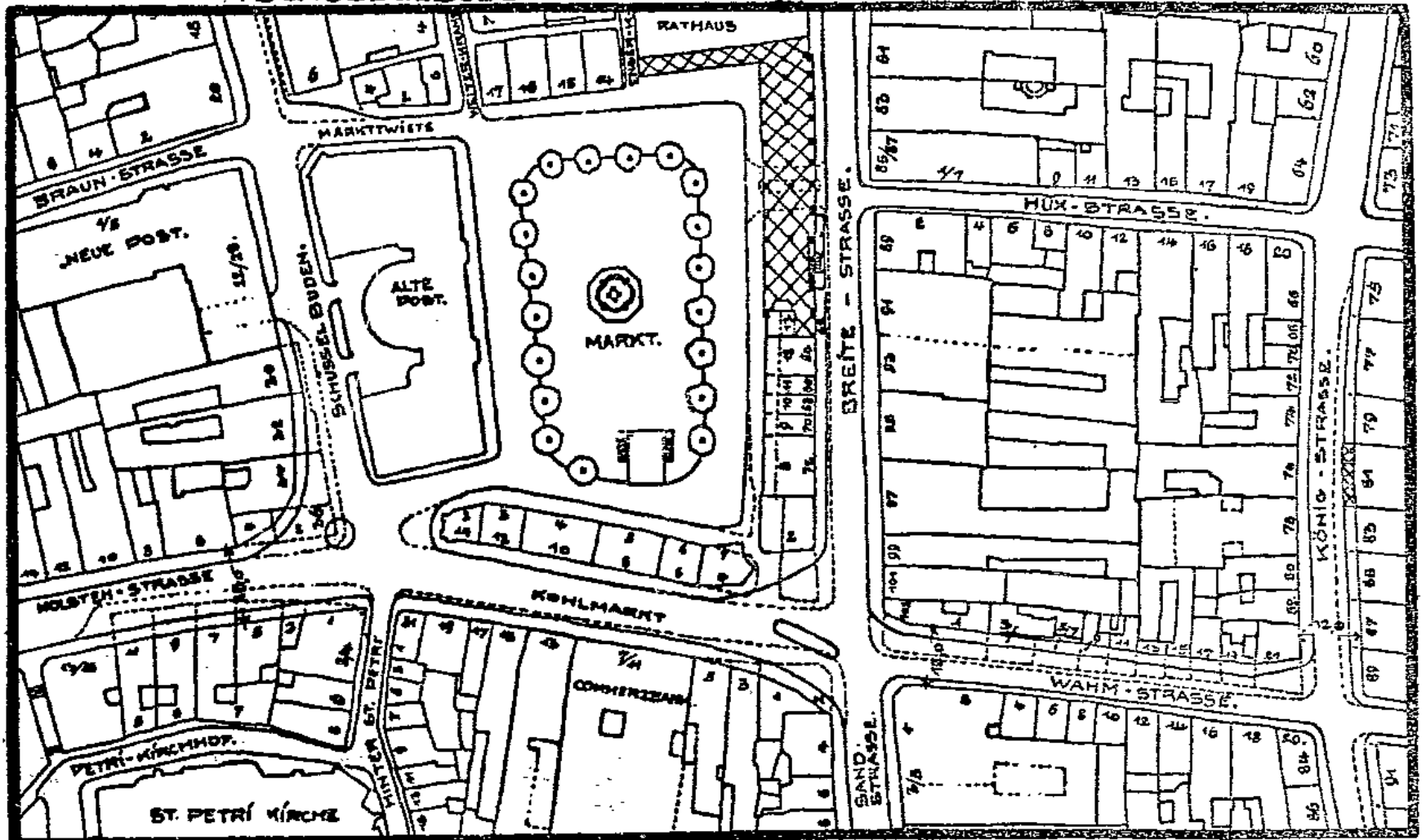
Zu den in der Presse veröffentlichten Artikeln, die in erfreulicher Weise die vom Verkehr dringend geforderte Verbreiterung unseres Kohlmarktes mit seinen zusammenhängenden Verkehrsadern fordert und in großen Richtlinien die Wege zu ihrer Lösung zeigt, soll unser Artikel an Hand des Bebauungsplanes die neuen Baufluchtlinien im Einfluß auf den jetzigen Zustand klarstellen.

Das Bild des jetzt vorliegenden behördlichen Bebauungsplanes ist nach dem letzten Bauflucht-Gesetz folgendes:

1. Durchgeführte Holstenstraße, anschließend an Haus Nr. 18/15, auslaufend am Gdeingang von Haus Nr. 1.
2. Durchgeführter Schlüsselbuden, anschließend an das Telegraphenamt, auslaufend in circa 230 Meter Abstand vom Edhaus Nr. 36, daneben an der gegenüberliegenden Straßenseite eine zurückgelegte Bauflucht, anschließend an das Behrensche Haus, auslaufend bei der Marktwiese in die Flucht des alten Postgebäudes.
3. Abrundung der Ecke Blumenhof und Kürzung des gegenüberliegenden Grubeshaus am Markt um circa 8,50 Meter.

Durchfahrt bei den Rathausarkaden können letztere dann zu einer großen Promenadenhalle ausgebaut werden, indem durch Zuzunahme eines Teiles des Rathausdienerrimmers der Fußgängerverkehr der Breiten Straße durch die vor der Renaisancetreppe durchbrechenden Bogenöffnungen in die Arkaden hineingeleitet wird. Der Raumverlust des Rathausdienerrimmers ist durch einen flachen niedrigen Vorbau gegen den Arkadenvorsprung nach der Marktseite wieder zu gewinnen. Dieser Vorsprung soll sich dann einheitlich als einköfige Schaufensterrückwand gegen den Markt fortsetzen und den Geschäftshäusern Nr. 8—12 eine wertvolle Vertiefung ihrer Erdgeschosfläche bringen, während dem neuen Edhaus Grube dann als Kopfbau diese erweiterte Fläche in seinem ganzen Aufbau zugute kommt. Der jetzige Zeitungsstand muß natürlich gegen die viel mehr in die Augen fallende Wand des Rathausdienerrimmers verlegt werden und die jetzt geschlossene Wand hinter der Rathaus-treppe durch geschickt angeordnete Mauerdurchbrüche mehr Ausblick aus der Arkadenpromenade auf das vorbeiziehende Verkehrsleben der Breiten Straße bieten. Wenn dann weiterhin

### +LÜBECK+STRASSEN+VERBREITERUNG+ SCHÜSSELBUDEN+KOHLMARKT+WAHMSTRASSE+



ERLÄUTERUNG: DIE PUNKTIERTEN STRASSEN UND BAUFLUCHTLINIE SIND DER JETZIGE ZUSTAND

4. Linksseitige Verbreiterung der Wahnstraße bis zur Königstraße für die Grundstücke Nr. 1—21 auf eine Straßenbreite von 12 Meter.

Es dürfte wohl allen Kreisen klar sein, daß diese Richtlinien des jetzigen Bauflucht-Gesetzes von 1919 in ihrer Durchführung gerade in den Brennpunkten unseres heutigen Verkehrs keine Lösungen mehr darstellen, sondern weitergehende Maßnahmen erforderlich sind, wie solche in unserem Vorschlag klar in die Erscheinung treten.

1. Der wichtigste Brennpunkt in der Kreuzung unseres Innenstadt-Verkehrs ist Kohlmarkt—Breite Straße—Sandstraße—Wahnstraße. Dieser Verkehr kann nur bewältigt werden bei der von uns vorgesehenen 30/15,0 Meter großen Verkehrsinsel, die eine getrennte breite Ein- und Ausfahrt zum Kohlmarkt schafft und dadurch in vorzüglicher Uebersicht nach allen Richtungen eine reibungslose Abwicklung ermöglicht. Diese Lösung bedingt aber eine Zurücklegung der Baufluchten nach unserem Plan, der auch eine Schenkung des Hamannschen Hauses Nr. 4 gegen den Markt nach sich zieht.
2. Als weitere Erleichterung steht unser Entwurf an der Kreuzung Holstenstraße—Kohlmarkt—Schlüsselbuden—Markt eine größere Zurückbiegung der neuen Häuserfront Schlüsselbuden—Holstenstraße und eine eingezogene Rundung des jetzt keilförmig vortretenden Bürgersteiges des Heidschen Edhauses vor. Durch diese Veränderung wird auch hier die Anlage einer Verkehrsinsel von 6,0 Meter Durchmesser ermöglicht und dadurch eine übersichtliche Teilung nach allen Fahrtrichtungen durchzuführen sein. Für die Zurücklegung der Häuser vor der Turmfront der Marienkirche verweisen wir auf unseren schon 1912 veröffentlichten Entwurf mit der streng architektonischen Fassung des Turmportals.
3. Durch die so entstandene erweiterte und übersichtlichere Einfahrt vom Kohlmarkt—Holstenstraße zum Marktplan einerseits, und die durch Ausbuchtung der Marktwiese geschaffene Marktausfahrt andererseits ist es möglich, die gefährliche Planenbedrohung der Breiten Straße durch die Arkadendurchfahrt beim Rathaus ganz aufzuheben.
4. Diese Verkehrsöffnung unseres Marktplatzes in einseitiger Richtung gegen den Schlüsselbuden gibt nicht allein eine kolossale Einschränkung der Gefahr gegen die Breite Straße, sondern es kann hierdurch auch die schmale Obere Hützstraße bis zur Königstraße durch die neu geschaffenen Umleitungswege für den allgemeinen Durchfahrtsverkehr gesperrt werden. Dadurch wird ein weiterer Planenstoß für die Breite Straße aus dieser Richtung in Zukunft kommen. — Durch die Aufhebung der

die geplante zweibogige Auflösung des Kanalgebäudes an der Rathausecke die Fußgänger wieder in die Kirchhörsarkaden hineinführt, so wäre tatsächlich auch auf diesem Gebiete eine Verkehrsfrage gelöst, die uns neben ihrer besonderen Eigenart eine wirksame Zusammenfassung und Ordnung und damit auch eine bedeutende Entlastung der engen Fahrbahn bringen wird.

5. Zur Durchführung der vorgeschlagenen Erweiterung der Königstraße zwischen Wahn- und Hützstraße bringen wir zur Rettung des Wolpmannschen Barockhauses, eines unserer hervorragendsten Profanbauten, den Vorschlag, nur das Erdgeschos in eine fünfboogige Arkadenfront in Breite des zurückverlegten Bürgersteiges aufzulösen, aber das Gebäude sonst zu erhalten. Seine dann hervorretende markante Form inmitten des Straßenganges kann bei tatkräftiger Inpassung der Nachbarfronten zu einem eigenartigen Stadtbildteil werden.

6. Allgemein betrachtet wird die Verkehrsregulierung unserer Holstenstraße nun weiterhin gleichzeitig eine Verbreiterung unserer inneren Holstenbrücke erzwungen. Naturgemäß kann diese aber nur unter Schenkung nach links unter Fortfall der unüberbrückbaren Kurve vor dem Holstentor und unter teilweiser Entfernung der hierfür im Wege stehenden Salzspeicher durchgeführt werden. Wie im Verfolg der Breiten Straße die Verkehrsinsel am Geiselpfad und vor allem der starke Autoverkehr durch getrennte Ein- und Ausfahröffnungen unter Wahrung des Denkmalscharakters durch das Burgtor zu leiten ist, haben wir mit unseren Vorschlägen über „Verkehr und Städtebaufragen“ an Hand von Plänen bereits Januar 1925 veröffentlicht. Eine ganz bedeutende Entlastung unserer Altstadt wäre dann ja noch die zweite Ausfallstraße mit Stadtgraben- und Hafenüberbrückung in Richtung Westergarbe—Marquard-Platz. Weiterhin wäre als äußere Umgehungsstraße der Ausbau der Poststraße mit Ueberbrückung des Kanals bei der alten Eisenbahnbrücke zur Mühlenort-Vorstadt und die Ueberbrückung des Kanals am Süder Hütztor in Richtung Krähenstraße—Mollkestraße anzustreben.

Zweck dieser Veröffentlichung ist, die technisch künstlerischen Gesichtspunkte dieser brennenden Verkehrsfragen nochmals mit unserem Entwurf anzuschneiden. Daneben laufen naturgemäß noch viele Fragen, die mit der praktischen Durchführung dieses Problems zusammenhängen, diese von berufenen Persönlichkeiten näher zu beleuchten, wäre im Interesse der Sache von großer Bedeutung. Es ist jedenfalls eine große Aufgabe, die es verdient, von der gesamten Bevölkerung gewollt zu werden. Bricht sich diese Erkenntnis Bahn, dann wird sich auch der Weg zur Tat vollbringen lassen.  
R u n g e u. L e n s c h o w.

## Arbeiterwohlfahrtslots

a 50 Pfennig

sind zu haben bei: Gut-Zische, Wahnstraße 9; Reihmann, Große Burgstraße 7; Bule, Breite Straße; Möbelhalle der G.L.G., Sandstraße; Reihmann, Wahnstraße; Hantz u. Gieseke, Johannstraße; und in den Warenabgabestellen des Konsumvereins.

Zum Majereel-Vortrag in der Buddenbrook-Viele. Der Vortragende, Dr. H e i s e, schrieb für das Majereel-Buch „Die Sonne“ folgendes: „Majereel bedient sich einer neuen Zeichensprache, neuer Sinnbilder, an deren eben erst in unserer Gegenwart sich vollziehenden Erfindung wir begierig teilnehmen, an denen kein Miß-

verstehen hängt, die unmittelbar als über den vernünftigen Weg der Worte, gemeinverständlich auf Gleichgestante zu wirken vermögen. Muß von den besonderen Mitteln des künstlerischen Ausdrucks eigens geredet werden? Das ist das Begleitende: Gestaltung und Darstellung sind gleichen Wertes. Wer Inhalt zu übermitteln, beabsichtigt auch die Form, die nichts ist als denkbar zugänglichstes Mittel der Verständigung. Nichts kann weiter entfernt sein von selbstgenügendem Aristokratismus als Majereels Holzschmitten. In dem Maße, als sie nichts anderes sein wollen, als Ausdruck vollgültigen zeitgenössischen Menschentums, sind sie auch vollgültige Kunstwerke... Die entscheidenden Worte aber dieses allneuen brüderlichen Menschentums sind diese: Mut, Lebensmut in jeder Lage, Unbeirrbarkeit im Ziel, Unmittelbarkeit des Gefühls, Liebe alles Schönen, Verachtung alles Bösen, bedingungsloses Verschwendung mit den Mächten des Lichts.“



**Heim Vorwerk.** Das Haus, dort draußen in dörflicher Stille Vorwerks, in dem mehr als 150 Kinder ihre Heimat, ihren Unterricht und wenn möglich Ausbildung haben, wendet sich auch in diesem Jahre wieder an seine Freunde und Gönner und bittet: gedenkt der Kinder, die sich, wie nur Kinder es können, auf Weihnachtsfreuden freuen in dieser festlichen Zeit. Nachdem Besucher des Hauses halt in Erinnerung nach die Strophe, unter deren Eindruck er das Haus verließ: Führt alle mit euch in Liebe und Pflicht, laßt keinen zurück auf dem Wege zum Licht. Darum: alle, die sich körperlicher und geistiger Gesundheit erfreuen, ihr Eltern, die ihr gesunde Kinder euer eigen nennt, gedenkt der Kinder dort draußen im sonnigen Vorwerk, helft mit, Großen und Kleinen im Vorwerk Heim eine Weihnachtsfreude zu machen! Helft der wohlthätigen Anstalt!

In der letzten Mitgliederversammlung der F.R.G. gab, wie uns berichtet wird, der Vorsitzende, Hauptpastor Denter, einen Bericht über die Arbeit der Zentrale im letzten Jahr. Die Abrechnung schloß in Einnahme und Ausgabe mit 114.566 RM. ab. Im Mittelpunkt der Arbeit stand der Mittagstisch. In Gemeinschaft mit dem Jugendamt wurden unternehmende Schulkinder gespeist. Im ganzen wurden an Kinder 51.000 Portionen Essen ausgegeben. Auch die Veteranenpeisung war vielen alten Kriegern eine große Hilfe. Daneben wurde Essen auch an Rentner und andere — im Falle besonderer Bedürftigkeit unentgeltlich — abgegeben. Die Krankenabteilung wurde wieder viel in Anspruch genommen. Durch Vermittlung des Verlaufs von Handarbeiten konnte vielen geholfen werden. Zu Weihnachten wurden 300 Weihnachtspakete verteilt. Im Sonnenheim Sirksfelde fanden 78 Kinder Erholung.

**6. Volksmusikalisches Konzert des Städtischen Orchesters.** Auf die Vortragsfolge des heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindenden Konzerts sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen. Der beliebte Hamburger Komponist Oscar Petras steht als Dirigent an der Spitze des Orchesters. Vorzugsweise kommen Werke von J. Strauß und Petras zur Aufführung.

**Die vereinigte Gesangsvereine „Einigkeit“ Lübeck, „Freiheit“ auf „Moisling“ und „Freiheit“ Lübeck** veranstalteten am Sonntagabend im Gewerkschaftshaus unter Leitung ihres Dirigenten H. Bartels ein Konzert. Es kamen Männer-, Frauen- und gemischte Chöre zum Vortrag, welche mit größter Hingabe gesungen wurden. Der Frauenchor wie der Männerchor hatte sich ein bißchen viel vorgenommen. Weil es meistens Tendenzlieder waren, flachte das Programm zuletzt etwas ab! Eine etwas bessere Musiksprache wäre angebracht.

**pb. Die Not.** Eine stellung- und wohnungslose Kellnerin, die bei verschiedenen Gastwirten Jochen machte und sich dann heimlich ohne Zahlung entfernte, wurde in Haft genommen. — Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter aus Biele wegen Diebstahls einer Wagenwinde.

**pb. Gestohlen** wurden aus einem Hause in der Sophienstraße 6 silberne Gabeln, 7 silberne Löffel, 1 Gullöf, 13 silberne Becher mit eingravierten Daten und 5 Kinderbestecke.

**Moisling.** Mitgliederversammlung der sog. Partei. Am Sonntagabend hielt die sog. Partei ihre Monatsversammlung ab. Genosse Wilhelm Lübeck, der Vorsitzende des Arbeiter-Sportvereins, hatte sich zu einem Referat über die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung bereit gefunden. Seine Ausführungen wurden durch eine große Anzahl von Lichtbildern ergänzt, die Aufnahmen aus den verschiedensten Sparten des Arbeiter-Sport- und Turnlebens zeigten. Besondere Beachtung fanden die Bilder von den in letzter Zeit abgeschlossenen Turnfesten (u. a. von der Olympiade in Frankfurt im Jahre 1925) und die Aufnahmen der Landesjugend in Leipzig. Gerade diese Bilder brachten zum Ausdruck, welche gewaltige und einflussreiche Bewegung die internationale Arbeiterbewegung hat entstehen lassen. Reizvoll waren die Lichtbilder von den Wanderungen der Sportler. Im Anschluß an die erläuterten Aufnahmen freizog der Referent das Weizen und das Wollen der Bewegung und verglich es mit dem der bürgerlichen Verbände. Treffend wurde die Refereur der bürgerlichen Vereine gezeigelt. Eindrucksvoll waren die angeführten Tatsachen über die Befähigung der führenden Stellen in den bürgerlichen Vereinen. Die Arbeiterbewegung dient dort nur zum Füllen der Vereine, ein Einfluß ist den Mitgliedern der arbeitenden Bevölkerung nicht gegeben. Nach dem Vortrag, der sehr beifällig aufgenommen wurde, kamen lokale Angelegenheiten zur Sprache. Erwähnenswert sind die Mitteilungen über die örtlichen Erfolge zur Wahl. (Weber die guten Erfolge im benachbarten Landgebiet ist schon früher im Volksboten geschrieben.) Bei der Bürgergewerkschaft im Februar 1924 hatte der Stadtrat Moisling-Genin 68 SPD-Stimmen, bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924: 767 für. Stimmen und bei der Reichstagswahl im Dezember 1924: 339. Die jetzt stattgehabte Bürgergewerkschaftswahl trug uns 1061 Stimmen ein. Zum Schluß wurde auch noch auf die am kommenden Sonntagabend stattfindende Werbe-Veranstaltung der Moislinger Arbeiterjugend hingewiesen und den Parteimitgliedern der Besuch empfohlen.

**Schlusssatz.** Reichsbanner. Im Lokal von Böge fand eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold einberufene Werberversammlung statt, in der der Gauverführer Janzen-Rohd über Ziele und Aufgaben des Reichsbanners sprach. Die Ausführungen wurden von der gutbesetzten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Sie haben hoffentlich vielen gezeigt, daß das Reichsbanner die Schlusstruppe des Volkes ist.

**Travemünde.** In einer Versammlung des Travemündener Seamenvereins wurde von verschiedenen Mitgliedern hervorgehoben, wie sehr die Travemündener Seamen unter der durch das Seelieben bedingten Forderung zu leiden hätten. Nicht nur, daß die Travemündener Seamen für ihre jährlichen Kinder und sich selbst bedeutende Summen für die Bahn essen müßten, um Pöbel zu erreichen zu können, sondern auch die Lebensmittel und Wohnungen seien bedeutend teurer als in Lübeck. Die Travemündener Seamen ersuchten nun, daß beim Härtenegleich aus hier Abhilfe dadurch geschaffen werde, daß für die Seemannsvereine den Seamen in Travemünde ein erhöhtes Wohnungsgeld gezahlt werde.

## Der Stand der Erwerbslosen

Am 1. Dezember belief sich die Zahl der Erwerbslosen am Orte auf 4276. (Vorwoche 4326.)

Der Stand der Erwerbslosen	Vormonat
Landwirtschaft . . . . .	85
Metallgewerbe . . . . .	1016
Holzgewerbe . . . . .	185
Nahrungsmittel- u. Genussmittelgewerbe . . . . .	66
Textilgewerbe . . . . .	233
Chemie . . . . .	35
Lebende u. Tierzuchtgewerbe . . . . .	361
Handwerkliche Arbeiter . . . . .	1398
Jugendliche Arbeiter . . . . .	146
Erwerbsfähige . . . . .	145
Erwerbsfähige . . . . .	253
Frauen und Mädchen . . . . .	250
	4276

## Währungsanschauung des ADGB.

Der heute abend vorgetragene Vortrag in der Erwerbslosen-Halle fällt besonders umso mehr ins Gewicht, da der Beginn der Verhandlungen im Januar 1927 nicht noch bekannt gegeben. Der Vorstand des A. D. G. B. Dr. Scharf hat.

## Krankeinsturz auf der Strecke Salzburg-München

Zwei Personen getötet, elf verletzt

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Am 7. Dezember vormittags 1 Uhr 30 Minuten fiel infolge Weglaufens des Gegenwärtigen der auf der Strecke Salzburg-München stehende zum Einheben der Gleise der Strecke Salzburg-München bei Kilometer 36,2 nächst Salzburg bestimmte 25-Tonnen-Kran beim Ausdrehen von der Brücke in den Gleisbau. Hierbei wurden zwei Bahnunterhaltungsgehilfen getötet, vier Gehilfen schwer und sieben leicht verletzt.

## Schulleute als Diebeshelfer

Das Urteil gegen die Leipziger Kriminalbeamten

Im Prozeß gegen Leipziger Kriminalbeamte des Dezernats für Taschendiebstahl und fünf Taschendiebe wurde am Dienstag nachmittag unter großem Andrang nach zehntägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Wegen fortgesetzter Beihilfe zum Taschendiebstahl, Anstiftung zum Taschendiebstahl und Freilassung von Gefangenen wurden verurteilt: Kriminalkommissar Kowol zu 7 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust; Kriminalkommissar Hermann Kühle zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; Kriminalhauptwachmeister Schäfer zu 4 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; Kriminalhauptwachmeister Grandle zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust. Das Urteil gegen die Taschendiebe lautete wegen fortgesetzten Taschendiebstahls und Beamtenbeihilfe gegen: Gieseler auf 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust; Streibich 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 4 Jahre Ehrverlust; Amster 7 Jahre 9 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; Wajchal 3 Jahre 9 Monate Zuchthaus 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; Rubin 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus 4 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

## Der Schneesturm in Ungarn

Im nordwestlichen Teile Transdanubiens, von Raab bis Brugg und Steinmanger, ist die ganze Gegend mit einer teilsweise 60 bis 80 Zentimeter hohen Schneeschicht bedeckt. Der Eisenbahndienst mit Österreich ist vollständig lahmgelegt. Die aus Wien und Budapest abgefahrenen Züge sind zwischen Raab und Brugg auf offener Strecke stecken geblieben. Der Abendhimmel, der Wien um Mitternacht verließ und morgens um 6 Uhr in Budapest hätte eintreffen sollen, war um 6 Uhr abends noch nicht hier. Die Strecke Raab-Brugg ist stellenweise mit 1½ Meter hohen Schneemassen bedeckt. Telefon- und Telegraphenleitungen sind vollständig unterbrochen.

**Ausgestürzter Mord nach 22 Jahren.** Am Pfingstsonntag 1904 war der Bildhauer Albert Sohn aus Hildburghausen in der Nähe des Klosters Beilsdorf in einem Abzugsanal tot aufgefunden worden. Es wurde damals zunächst ein Unfall angenommen und einige Zeit darauf auch ein Verbrechen eingestuft, das wegen umlaufender Mordgerüchte eingeleitet worden war. Im Jahre 1909 wurde infolge einer Anzeige wieder ein Verbrechen angenommen, das sich gegen den Kutscher Julius Koch aus Eisfeld richtete. Er mußte jedoch nach einiger Zeit wegen nicht ausreichenden Tatverdachts wieder aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Die Gerüchte über einen Mord wollten jedoch in der Gegend nicht verstummen. Infolgedessen hat vor kurzem das Thüringische Landesstrafgericht die Ermittlungen wieder aufgenommen. Jetzt konnte am 2. Dezember Koch endgültig als Täter festgenommen werden. Er hat inzwischen auch ein Geständnis abgelegt. Er hat damals den Geldboten im Verlauf eines Streites niedergeschossen, ihn dann aus Angst vor Entdeckung in den Müllschacht geworfen, obwohl Sohn noch lebte, und den Körper in den Abzugsanal geschoben.

**Ein Diamantenfeld bei Rio de Janeiro entdeckt.** In der nächsten Umgebung von Rio de Janeiro soll ein überaus reiches Diamantenfeld entdeckt worden sein. Seine Größe wird auf 20 Millionen qm, sein Wert auf 5 Milliarden Dollars geschätzt.

## Schwurgericht

2. Tag

In ausgedehnter Sitzung wurde am Dienstag über eine Angelegenheit verhandelt, die sich gegen den Gärtner M. Schreger, dessen Witwengattin Leding und den Arbeiter Philipp richtet und auf

Meineid bezug. Anstiftung

lautet. Vertreter der Anklage war Oberstaatsanwalt Dr. Diekmann, Verteidiger die Rechtsanwälte Steinbömer, Koch und Kähler. Das jetzige Verbrechen hat eine umfangreiche Vorgeschichte, die in mehreren Zivilprozessen zum Ausdruck kam. Es handelt sich um folgendes: Im Herbst 1923 machte der Angeklagte Schreger einem Privatmann Wilms ein notarielles Kaufangebot über ein Grundstück zum Preise von 30 Millionen Mark. Wilms trat dieses Angebot an den Gärtner Hellmann ab, und als dieser die Anklage ermittelte, betriebe, verweigerte Schreger diese mit der Begründung, der Kaufvertrag mit Wilms sei rückgängig gemacht worden, und infolgedessen könne Hellmann auch nicht in ihn eintreten. Zum Beweise der Richtigkeit des Vertrages wurden Gesandte angeführt, die sich auf die Rückgängigmachung des Kaufangebots bezogen. Eines davon soll am 27. Dezember 1924 Rattgeunden haben; der jetzt angeklagte Philipp und Frau Leding haben in dem Zivilprozeß Hellmann gegen Schreger dieses Gesandte bezeugt und die Tatsache bezeugt. Auf Grund der Aussagen in diesem Prozeß hat ein Verfahren wegen Meineides gegen Philipp, das eingeleitet worden ist.

Das jetzige Verbrechen ist eingeleitet auf Grund einer

Selbstbezeugungs Philipps,

der am 8. Juni d. J. der Frau Hellmann und später deren Ehefrau erklärte, es tue ihm leid, daß er für ihn ungünstig ausgesagt und diese unwahre Aussage bezeugt habe. Auf Vorhalt durch Hellmann blieb Philipp bei seiner Selbstbezeugung.

Der Angeklagte Philipp gab in der gestrigen Verhandlung an, in dem Prozeß Hellmann gegen seinen damaligen Dienstherrn Schreger falsche Aussagen bezeugt zu haben, und zwar soll dies geschehen sein auf Anstiftung durch Frau Leding. Zu seinem jetzigen Geständnis ist Philipp gekommen im Verlauf eines Lohnkampfes, den er mit Schreger hatte.

Die beiden anderen Angeklagten, Schreger und Frau Leding, führen die Anzeige und Selbstbezeugung Philipps auf einen Racheakt zurück und bestreiten erneut das Gesandte vom 27. Dezbr. 1924, das Hellmann mit der inzwischen geschiedenen Frau Schreger geführt haben soll über die Rückgängigmachung des Kaufes.

Die Vernehmung der

21 Zeugen

zog sich bis in die Nachmittagsstunden hin und ergab kein einheitliches Bild. Während Hellmann selbst nach mehreren Zeugen mit aller Bestimmtheit behauptet, daß das Gesandte so, wie Philipp es bezeugt hat, nicht stattgefunden haben kann, sind andere Zeugen in ihren Aussagen recht zweifelhaft. Ein Teil der

## Rekord eines Lebensretters

Ein Rekord, der ehrliebe Bewunderung verdient, hat Dorus Ritters zum populärsten Mann Hollands gemacht. Der brave Mann, der heute ein rüstiger Achtziger ist, hat in Laufe seines Lebens nicht weniger als 511 Menschen gerettet und 42 Schiffe aus stürmischer See in den ruhigen Hafen geleitet. Er besitzt zahlreiche Rettungsmedaillen aller möglichen Länder. Zurzeit weilt Herr Ritters in Paris. Zu dieser Reise ist er auf ungewöhnliche Art gekommen. In Holland hat vor kurzem ein „Volksentscheid“ stattgefunden mit dem Ziel, die populärste Persönlichkeit des Landes einwandfrei festzustellen. Kein Politiker, kein Gelehrter, kein Künstler und kein Boxer erhielt den Preis: Dorus Ritters gewann das Rennen um die Gunst des Volkes. Der Preisgekrönte erhielt auf Kosten der Veranstalter eine kostenlose Reise nach der französischen Hauptstadt.

## Im Flugzeug nach Südafrika

Mittelholzers Abflug nach Kapstadt

Der Schweizer Flieger Walter Mittelholzer hat am Dienstag vormittag von Zürich aus mit seinem Dornier-Flugzeug seinen 20.000-Kilometer-Flug nach der Südpolarktis angetreten. Das Flugzeug führte 140 Kilogramm Post für Neapel, Athen und Alexandria mit sich. Bis Neapel macht die Frau Mittelholzers die Fahrt mit. Der Flug des ersten Tages führte über 450 Kilometer bis Pisa.

## Schiffszusammenstoß im Atlantischen Ozean

Der zwischen Marzelle und Las Palmas verkehrende französische Dampfer „Immerthie II“ mit Passagieren an Bord ist heute früh fünf Meilen westlich von Teneriffa mit dem amerikanischen Landdampfer „Texas“ zusammengefahren. Beide wurden nach Gibraltar eingebracht. Der Sieben des französischen Dampfers ist beschädigt. Der amerikanische Dampfer ist an Bord tot. Reisende sind nicht zu Schaden gekommen.

## Lawinenunglück am Großen St. Bernhard

Am Dienstag wurden etwa zehn Mönche und Nonnen des Hospizes auf dem Großen St. Bernhard, die sich im Eisfahren übten, von einer Lawine überrollt. Fünf Nonnen wurden von der Lawine fortgerissen. Zwei konnten gerettet werden, drei kamen ums Leben.

**Ein vierfacher Mörder.** Im mazedonischen Nestin, serbisch Stajice, tötete der Gendarm Stanowski einen Kaninchenwirt, dessen Tochter, noch einen Mann und eine Braut, weil er glaubte, daß die ersten drei verurteilt hätten, ihm seine Braut abspenstig zu machen. Nach der Tat gab der Gendarm vom Balkon einige Schüsse ab, um die Polizei herbeizurufen, die aber nicht kam. Darauf begab sich der Gendarm in die Kaserne, wo er seinen Kameraden zwei Liter Branntwein spendierte, sich niederlegte und ruhig schlief. Erst später wurde der Täter aus dem Bett heraus verhaftet. Er gestand seine Tat ein.

**Todessturz von einer Hängebrücke.** Von der großen Hängebrücke, die bei Freiburg (Schweiz) in einer Höhe von 55 Meter über die Saane führt, stürzten zwei Arbeiter, die mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, ab. Sie waren beide auf der Stelle tot.

**Ein Komplize des „Blinden Johann“ zum Tode verurteilt.** Vor dem Schwurgericht stand der Prozeß gegen die Rädelsführer der polnischen Räuber- und Mörder-Bande, die in den Jahren 1924 bis 1926 die Ulmark und andere Gebirgsgegenden Deutschlands unsicher gemacht hatte. Der polnische Landarbeiter Johann Petrow, der erst vor einer Woche wegen Diebstahls eine Strafe von 12 Jahren Zuchthaus erhalten hatte, wurde wegen Mordes an einem Schnitter zum Tode und dauernden Ehrverlust und wegen späteren Diebstahls zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte war ein Komplize des „Blinden Johann“.

Zeugen wird, da mit den Angeklagten verwandt, unverzüglich vernommen. Die Zeugen Wilms und Hellmann, gegen deren Vernehmung die Verteidiger Einspruch erhoben, wurden auf Beschluß des Gerichts vereidigt.

In seiner

Anklagerede

wies der Oberstaatsanwalt auf den nach seiner Meinung sprichenden Punkt hin, nämlich, ob der Kaufvertrag zwischen Hellmann und Schreger rückgängig gemacht worden sei, wie die Angeklagten es behaupteten. Zu bedenken sei, daß der Streit Hellmann-Schreger zugunsten des ersten entschieden sei. Abgegeben von den Zeugnisaussagen, die z. B. von Hellmann und Wilms sehr bestimmt gemacht seien, liege vor allem das Geständnis Philipps vor, das fünfmal abgegeben sei und durchaus glaubwürdig erscheine. Sei das Geständnis aber wahr, dann sei damit der Meineid der Frau Leding erwiesen und ihre Tätigkeit als Anstifterin des Philipps zum Meineid. Der Anstiftung habe sich auch Schreger durch seine Verpöhlungen schuldig gemacht. Es sei deshalb zu bestrafen: Philipp, im Hinblick auf seinen geringen Bildungsgrad wie auch das fidele seiner Handlungsweise, mit 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus; Frau Leding, die treibende Kraft, wegen der Anstiftung zum Meineid mit 1 Jahr 2 Monate, wegen des Meineids mit 2 Jahren Zuchthaus, zusammengezogen auf 3 Jahre Zuchthaus; Schreger mit 2 Jahren Zuchthaus. Allen seien die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre abzunehmen und ihre Verhaftung anzuordnen.

Von den

Verteidigern

faßte sich Dr. Kähler im Hinblick auf das Geständnis Philipps kurz. Er hat namentlich dessen Reue als strafmildernd zu berücksichtigen, auf die geistliche Mindeststrafe zu erkennen und von der Verhaftung abzuheben. — In längeren Ausführungen schilderte Rechtsanwalt Steinbömer das Willen, in dem Streit und Bitternis, wie es die Verhandlung zeigte, erwuchsen. Den Zeugnisaussagen sei keine Bedeutung beizumessen, sie seien voller Widersprüche. Wie das Geständnis Philipps. Ob es auf Wahrheit beruhe, sei sehr zweifelhaft. Entstanden sei es in dem Augenblick, als Philipp einen Prozeß gegen Schreger zu verlieren schien. Einerseits Rache gegen Schreger, andererseits Freundschaft zu dessen Gegner Hellmann seien die Beweggründe zu dem Geständnis, von dem mindestens die Möglichkeit vorliege, daß es falsch sei. Angeht der vollkommen vernommenen Verhandlung beauftragte die Freisprechung der Angeklagten Leding. — Rechtsanwalt Dr. Koch unterstrich diese Ausführungen in einigen Punkten. Er ging auf den Zivilprozeß ein und stellte die Gruppen Schreger-Hellmann-Wilms gegenüber. Alle Anzeichen sprächen zugunsten Schregers. Seine Darstellung habe die größte Wahrscheinlichkeit.

**Vergeßt die Waisenkinder zum Weihnachten nicht!**







